

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag zur einmaligen Ausgabe bei jeder Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 1,50 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,30 M. Für den Rest des Jahres sind Familien- und Einzelabonnements entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Post- und Zinsen, per Brief für Deutschland und Österreich 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8/9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober deren Raum kostet 2.— M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 2.— M., jedes weitere Wort 1,30 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Verkaufs-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4629, 4923

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die werttätige Bevölkerung Groß-Berlins! Feiert den 9. November durch Arbeitsruhe!

Zum zweiten Male jährt sich der Tag, an dem das deutsche Proletariat mit kühnem Entschluß die alten Mächte des Rückschrittes niedergeworfen hatte. Das kapitalistische System war am 9. November 1918 zusammengebrochen. Militarismus, Bureaucratie, Junkertum, hatten sich vor dem Jorne des Volkes feige vertrocknet. Eine neue Welt schien im Werden.

Zurückblickend auf die verflochtenen zwei Jahre, wissen wir, daß wir keinen Anlaß zum Jubel haben. Der Tag, an dem das deutsche Proletariat der Wiederkehr der Revolution gedenkt, kann kein Tag des Triumphes und der Siegesfreude sein. Die in den Novembertagen 1918 zerbrochene bürgerliche Klassenherrschaft ist inzwischen aufs neue ausgerichtet worden. Nur kümmerliche Reste sind dem Proletariat von den revolutionären Erzeugnissen der damaligen Zeit geblieben. Militarismus, Bureaucratie und Junkertum sind wieder oben auf. Die Formen haben gewechselt, ihr Inhalt ist geblieben. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die durch den Krieg dem Bankrott entgegengeführt wurde und deren Zusammenbruch seitdem mit jedem Tage offenkundig geworden ist, hat sich noch immer erhalten. Auf Kosten der werttätigen Bevölkerung soll sie aufs neue befestigt werden.

Die Verwirklichung des Sozialismus scheint wieder in die Ferne gerückt. Das Schicksal der Proletariatsmassen nach Beilegung der unerträglichen wirtschaftlichen Not, nach Teilnahme an allen Erzeugnissen des menschlichen Geistes, hat seine Erfüllung noch nicht gefunden.

Daß es dahin gekommen ist, daran trägt das Proletariat selbst die Schuld. Ein Teil der Arbeiterklasse hatte nichts Eiligeres zu tun, als durch die politische Verbindung mit den bürgerlichen Parteien diesen wieder die Herrschaft in die Hände zu spielen. Ein anderer Teil glaubte, die Revolution dadurch vorwärts treiben zu können, daß er die Organisationen der Arbeiterschaft spaltete, seine Kraft in planlosen Aktionen verzettelte und damit erst den Boden schaffen half, auf dem der alte Klassenstaat wieder hergestellt werden konnte.

Bietet uns der 9. November 1920 somit keinen Anlaß zur Siegesfreude, so darf die Erinnerung an diese Zeit doch nicht dazu veranlassen, Trauerkundgebungen zu veranstalten; denn auch mit dem Proletariat ist seitdem eine gewaltige Aenderung vor sich gegangen. Millionen neuer Kämpfer, die vor dem teilnahmslos beiseite gestanden haben, haben sich in die Reihen der um den Sozialismus kämpfenden Arbeiterschaft gestellt. Die wirtschaftliche Not, das politische Elend haben auch in die Köpfe der Angestellten, der Beamten, der Landarbeiter die Erkenntnis eingehämmert, daß nur der Sozialismus ihnen die Rettung bringen kann.

Noch ist die Gegenrevolution nicht am Ziele ihrer Wünsche. Das stolze Wort hat heute mehr denn je Geltung: Die

Revolution ist nicht tot! Sie läßt sich nicht erschlagen! Je stärker sich der Kapitalismus fählt, desto eher kommt für ihn der Tag, an dem er durch den Sozialismus abgelöst werden muß. Der Sozialismus ist die Verwirklichung jener Entwicklungsgehalte, von denen die kapitalistische Produktionsweise beherrscht und gelenkt wird.

Je größer die Scharen der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden, die sich mit bewuhter Erkenntnis ihrer Klassenlage dem Kampf um die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen anschließen, desto früher muß sich die in unauflösllichem Fluße vollziehende Revolutionierung des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens dem Tage nähern, an dem die alten Mächte aufs neue und dann für immer vor ihrem Throne gestürzt werden können, an dem das Proletariat die politische Macht übernehmen und die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische vornehmen wird.

Diese Periode des Uebergangs zu beschleunigen, das Proletariat reißt zu machen für die uns noch bevorstehenden Kämpfe und es zu erzielen für die Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgaben, das ist die Arbeit, die jetzt geleistet werden muß.

Genossinnen und Genossen! Die Erinnerung an die Revolutionszeit des Jahres 1918 verpflichtet uns, alle unsere Kräfte einzusetzen, daß das revolutionäre Proletariat seine Geschlossenheit wiederfindet, daß sich seine Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse vermehrt, daß es reißt für jene Aktionen, die im Interesse der sozialen Revolution durchgeführt werden müssen.

Wir rufen die werttätige Bevölkerung Groß-Berlins, alle Hand- und Kopfarbeiter, auf, den 9. November 1920 würdig und mit fester Entschlossenheit zu feiern. Die Macht der Zukunft gehört der Arbeiterklasse. Keine Gewalt ist imstande, ihren Siegeslauf zu hindern. Unser aller Wahrspruch sei an diesem Tage:

„Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht!“

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer und Frauen des werttätigen Volkes! Zeigt am 9. November, daß Ihr entschlossen seid, die Revolution ihrem Siege entgegenzuführen! Laßt an diesem Tage die Arbeit ruhen! Ehret das Andenken an die Toten der Revolution, indem Ihr durch Arbeitsruhe ihr Gedenken feiert. Zeigt dem kapitalistischen Bürgertum durch Verweigerung der Fronarbeit an diesem Tage, welche gewaltige Macht Euch innewohnt! Demonstriert am 9. November 1920:

- Für die Revolution!
- Für den Sozialismus!
- Für die Einigkeit der Arbeiterklasse!

Berlin, den 5. November 1920.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirksverband Berlin-Brandenburg Der geschäftsführende Ausschuß

Arbeiter! Angestellte!

Am 9. November jährt sich zum zweiten Male der Tag der deutschen Revolution. Wir fordern die Angestellten- und Arbeiterschaft auf, den Gedenktag der Revolution und der für sie gebrachten Opfer durch Arbeitsruhe würdig zu begehen. Es gilt Rückschau zu halten über das, was der Deutschen Arbeiterschaft aus den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit an Erfolgen verblieben ist, und Ausblick zu halten, wie die Revolution erfolgversprechend weiter-

getrieben werden kann. — Insbesondere gilt es an diesem Tage, ein Gelübnis abzulegen für den ersten Schritt zum Sozialismus, die Sozialisierung des Bergbaues. Alle Veranstaltungen für diesen Tag werden von den sozialistischen Parteien getrossen, deshalb fordern wir die Angestellten und Arbeiter auf, sich diesen Veranstaltungen anzuschließen.

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend
J. A.: Sabbath.

Pharisäertum

Der Herr von Borjig hat seinen Betrieb geschlossen. Kollegen von ihm erwarten nun die günstige Gelegenheit, um dem Beispiel zu folgen. Vorgänge dieser Art sind nicht zufällig und sind nicht nur Angelegenheiten des gerade betroffenen Systems, sondern sind Teile eines Systems. Der Kampf des organisierten Unternehmertums gegen die Arbeiterbewegung wird absolut einheitlich nach zentraler Parole geführt und bewegt sich in zwei Richtungen. Die Tendenz, die Gewerkschaftsbewegung mattzusetzen durch die Verhinderung weiterer Lohnerhöhungen und durch das Bestreben nach dem Abbau der Löhne, ist von uns mehrfach besprochen worden. Die zweite Tendenz ist gerichtet auf die Zurückdrängung des Einflusses der Betriebsräte, der bei aller Dürftigkeit dem Unternehmertum noch zu stark ist.

Als Mittel bedient sich das Unternehmertum nicht nur der Aussperrung in der früher üblichen Form, sondern der Betriebsstilllegung nach neueren, durch die Preussische Eisenbahnverwaltung im Anfang des Jahres zum ersten Mal geübten Methoden. Wir haben schon damals vorausgesagt, daß das private Unternehmertum nicht verschlen wird, sich dem brutalen Vorbild der preussischen Eisenbahnverwaltung schleunigst anzupassen. Die Behörden des Klassenstaates, die ein beständiges Gemjammer über ungenügende Arbeitsleistungen ausstößen, lassen dem Kapital dabei volle Freiheit unter Berufung darauf, daß sie sich nicht in die Maßnahmen des Unternehmertums um die sozialen Kämpfe einzumischen dürften, daß sie Streiks wie Aussperrungen absolut gleich behandeln müßten und daher nicht berufen seien, dem rücksichtslosen Vorgehen des Unternehmertums entgegenzutreten.

Vorant es bei den Betriebsstilllegungen ankommt, und wie es gemacht wird, wie vor allem der Kampf gegen die Betriebsräte und gegen politische mißliebige Arbeiter geführt wird, das hat neben dem Fall Borjig der Fall der Daimler-Werke in Untertürkheim gezeigt. Das Daimlerwerk war das erste große industrielle Werk, in dem die Probe zum ersten Male in großem Stile gemacht wurde.

Als die Bewegung um den Steuerabzug in Württemberg, bei der die württembergische Regierung im Gegensatz zu der sonstigen Auffassung, daß sich Regierungen nicht um Streiks und Aussperrungen zu kümmern haben, die Aussperrung anordnete — als diese Bewegung beigelegt wurde, da war es die Betriebsleitung des Daimlerwerkes in Untertürkheim, die sich weigerte, den Abmachungen zwischen Arbeiterschaft, Unternehmertum und Regierung über die Wiederaufnahme des Betriebes zu folgen. Sie ließ ihre Arbeiter weiter aussperrt, da die Absichten, die sie mit der Aussperrung verbunden hatten, noch nicht voll zur Erfüllung gekommen waren.

Es lohnt sich heute, auf die typischen Vorgänge im Daimlerwerk zurückzukommen, weil ein Bericht der Werksleitung vorliegt, der allen Verkleidungen zum Trotz authentisch beweist, wie schamlos das Unternehmertum seine niedrigen Profitinteressen ohne Rücksicht auf das soziale und wirtschaftliche Interesse der Gesamtheit des Volkes durchsetzt. Der Bericht ist weiterhin um deswillen interessant, weil er drastischer als irgend ein anderes Dokument das reaktionäre Wesen der Betriebsräte-Gesetze kennzeichnet. Es hat einen pikanten Reiz, daß der Bericht den einzelnen Kapiteln Paragraphen des Gesetzes als Motto voranstellt, um zu beweisen, daß die Arbeiterschaft durch ihre Handlungen im Werk gegen die Paragraphen dieses Gesetzes verstoßen hat. Getreu der Absicht, die Betriebsräte auf die reaktionären Bestimmungen des Gesetzes festzusetzen.

Bei näherem Hinsehen jedoch stellt sich nun heraus, daß die Vorwürfe gegen die Arbeiterschaft und gegen den Betriebsrat, die der Bericht erhebt, durchweg nur deswegen erhoben werden, weil erstens die politische Gesinnung des Betriebsrates der Werksleitung nicht behagt hat, und weil es zweitens der Betriebsrat anscheinend verstanden hat, die Interessen der Arbeiterschaft mit großer Energie und mit Erfolg wahrzunehmen. Es kennzeichnet das Wesen dieses Gesetzes, daß Betriebsräte, die so handeln, in der Tat mit dem Wortlaut vieler Paragraphen dieses Gesetzes in Konflikt geraten.

Wir geben einige Beispiele. Ausführliche Darlegungen des Berichtes beschäftigen sich mit der sogenannten „Terrorisierung der Arbeitskollegen“. Als wichtiges Merkmal des Textes wird angeführt, daß von den 22 Arbeitervertretern, die aus der Betriebsratswahl hervorgingen, 12 der U. S. P. und 5 der K. P. D. angehörten. Es folgen lange Klagen darüber, daß „die Gemäßigten“ nicht gewählt wurden. Eine Reinigung des Betriebes wurde mithin notwendig. Da Entlassungen aus Gründen der politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiter und Angestellten unter normalen Verhältnissen nach dem Betriebsrats-Gesetz

nicht erfolgen dürfen, mühten anormale Verhältnisse geschaffen werden.

Das war ein Grund, weshalb der Betrieb geschlossen werden mußte.

Ein anderer Abschnitt des Berichtes beschäftigt sich mit der „Einwirkung auf Arbeitsleistung und Preisgestaltung“. Der Kern der Darstellungen besteht in einer Klage der Werksleitung darüber, daß der Betriebsrat sich allzusehr um die Festsetzung der Akkordpreise gekümmert und einer von den Unternehmern so sehr geliebten Akkordschufsterei durch einzelne Arbeiter und Angestellte entgegenwirft hat. Womit der Betriebsrat durchaus im Sinne der Gewerkschaftsbewegung und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft gehandelt hat, denn durch die Zulassung von Akkordleistungen wird das Akkordsystem zu einer einschneidenden Schädigung für die gesamten Arbeiterinteressen. Wenn schon Stücklohn unvermeidlich ist, dann ist es geradezu die Pflicht des Betriebsrates, der Akkordschufsterei Einhalt zu tun. Der Werksleitung aber gefiel das nicht und um zu beweisen, daß hier ein Verstoß gegen das Gesetz vorliegt, zitiert der Bericht als Motto die Ziffer 1 des § 66: „Der Betriebsrat hat die Aufgabe, für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen.“

Alles das geschieht aber nicht zufällig, wie wir nochmals betonen wollen, sondern die einzelnen Werke und Unternehmergruppen handeln nach genauen Anweisungen aus der Zentrale des organisierten Unternehmertums. Und in ihrer Organisation des Kampfes gegen das Betriebsratsgesetz werden die Unternehmer unterstützt durch die Zentrale für Heimatdienst, in der sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Stelle zur Beobachtung revolutionärer Ausnutzung des Gesetzes eingerichtet worden ist.

Interessanter aber noch als das sind die Darstellungen des Berichtes über die Stilllegung des Betriebes selbst. Zunächst wird das Geschehen abgeleitet, daß die Betriebsstilllegung längst geplant war. Der Erfolg der Regierung hat nur die längst ersehnte passende Gelegenheit. Er kam auch insofern günstig, als er vor der Öffentlichkeit die Betriebsleitung nicht allein mit dem Ruf der willkürlichen Schädigung des Wirtschaftslebens behaftete. Der Bericht erklärt, daß Rückschlüsse in der Konjunktur eigentlich schon einige Zeit früher eine Betriebsbeschränkung nötig gemacht habe. Seit Mitte August habe die Direktion hierüber mit der Belegschaft verhandelt und am 25. August seien die Verhandlungen dem Abschluß so nahe gewesen, daß mit einer baldigen Durchführung der Betriebsbeschränkung gerechnet werden konnte. Womit eingekandt wird, daß die Vertretung der Betriebs-Belegschaft, die in allen vorangehenden Teilen des Berichtes in niedrigster Weise beschimpft wird, aus ganz ungängliche Leute zusammengesetzt war.

Und nun wäre die Gefahr entstanden, sagt der Bericht weiter, daß durch die Aktion der Regierung die durch die Verhältnisse unvermeidbar gewordene Einschränkung des Betriebes erschwert und verzögert worden wäre. Das heißt auf deutsch, daß die Abmachungen zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft über die Beendigung der Bewegung wegen des Steuerabzuges es dem Daimlerwert unmöglich gemacht hätte, die Reinigung der Belegschaft von politisch unbeherrschten Leuten durchzuführen, da die Vereinbarung Maßregelungen unterlagte. Maßregelungen aber wollte man und darum beteiligte sich die Daimler-Motoren-Gesellschaft an den Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts nicht und schloß sich auch für die Zentrale Untertürkheim der Vereinbarung nicht an. Der Grund dafür wird offen zugestanden, indem wörtlich gesagt wird: „In dem Untertürkheimer Werk beherrschten Terroristen und Saboteure das Feld. Diese Elemente mußten ausgeschleudert werden, wenn eine geordnete Betriebsführung möglich werden sollte. Hierzu bot die Vereinbarung keine genügende Grundlage.“

Der Betrieb wurde erst wieder eröffnet, nachdem die Daimler-Schaffsmacher ihren Willen restlos durchgesetzt hatten. Während vor der Schließung in dem Untertürkheimer Werk beschäftigt wurden 7778 Arbeiter, 343 Praktikanten und Lehrlinge, 1048 Angestellte, wurde der Betrieb wieder eröffnet mit 3270 Arbeiter, 340 Praktikanten und Lehrlingen und 585 Angestellten. Alles andere blieb arbeitslos auf der Strecke. Und das Daimler-Werk floriert. Die Dividenden steigen.

Was ist es nun mit den „Terroristen und Saboteuren“? Worin das besteht, was die Daimler-Ausbeuter als „Sabotage“ bezeichnen, haben wir zum Teil schon oben gekennzeichnet. Daneben werden allerlei Räubergeschichten erzählt über Diebstähle, Zerstörungen von Automobilen und von einem Werksdirektor, der gezwungen wurde, in einem Hofe des Wertes von einer Leiter aus zu der verjamerten Betriebs-Belegschaft zu sprechen. Nachdem wir die Absicht der Werksleitung gekennzeichnet haben, aus politischen Gründen die Betriebs-Belegschaft zu reinigen, haben wir ein Recht, diese Räubergeschichten anzuzweifeln. Wir behaupten, daß sie entweder erlogen oder übertrieben sind, um das Vorgehen der Werksleitung vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Kommen derartige Dinge vor, so verurteilen auch wir sie. Aber gegen Leute, die in irgend einer Weise gegen die Strafgeliche verstoßen, kann man nur mit dem ordentlichen Gericht vorgehen. Wir behaupten sogar, daß dieselben Unregelmäßigkeiten, soweit sie auf Tatsachen beruhen, über die sich die Werksleitung in ihrem Bericht pharisäerhaft entrühet, eine der Werksleitung sehr willkommenere Erscheinung waren.

Diese Vorgänge zeigen weiter, daß die geplante Verordnung gegen die Stilllegung von Betrieben durch den Zusatzantrag des Herrn von Siemens im Reichswirtschaftsrat völlig wertlos gemacht worden ist. Der Fall Daimler, dem der Fall Borzig nahe verwandt ist, zeigt, daß man mit bewußter Absicht Arbeitskonflikte herbeiführt, um bei dieser Gelegenheit den Betrieb nach Belieben stillzulegen oder einzufrieren. Der Zusatzantrag Siemens verbietet der Regierung in solchen Fällen das Vorgehen gegen Betriebsstilllegungen oder Betriebsbeschränkungen. Wir warnen deshalb noch einmal davor, die geplante Verordnung, die ohnehin ziemlich wirkungslos bleiben wird, bei der endgültigen Beschlussfassung durch den Siemens-Antrag völlig unbrauchbar zu machen. Durch Verordnungen der Regierung oder von der Regierung überhaupt darf die Arbeiterschaft keine Hilfe in ihrem Kampfe gegen die weitere Zerstörung des Wirtschaftslebens durch die Profitgeier erwarten. Sie muß überall selbst Hand anlegen und durch planmäßige und

umfichtige Ausnutzung ihrer organisatorischen Kräfte jeden Versuch des Unternehmertums rechtzeitig in die Öffentlichkeit bringen, um ihn im Keime zu ersticken.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Im Reichsarbeitsministerium fand am 3. November unter dem Vorsitz des Ministerialrates Kull eine Besprechung zwischen Vertretern der Firma Borzig und Vertretern der Arbeiterschaft über die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Betriebes statt. Nach längerer Verhandlung machte der Vorsitzende einen Vorschlag, den die Parteien zur Kenntnis nahmen und über dessen Annahme oder Ablehnung sie sich binnen kurzer Frist erklären wollten. Falls der Vorschlag abgelehnt oder nicht in allen Teilen angenommen werden sollte, wird das Reichsarbeitsministerium neue Vermittlungsverhandlungen einleiten.

Der gefällige Minister

Dem festen Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien ist es vorläufig gelungen, Herrn Hermes, wenn auch unter erheblicher Schwächung seines Ansehens in der Öffentlichkeit, als Minister für Ernährung und Landwirtschaft noch eine Weile zu halten. Die Einmütigkeit der bürgerlichen Parteien in diesem Falle ist der Ausdruck der Tatsache, daß die hinter ihnen stehenden Kapitalistenkreise ein ungemein großes Interesse an seinem Verbleiben im Amte haben. Wie keiner seiner Vorgänger, so hat er die Hoffnungen erfüllt, die Landwirtschaft, Industrie und Handel auf ihn setzten. Der Landwirtschaft hat er eine gewaltige Erhöhung der Preise für alle agrarischen Erzeugnisse gebracht. Für diese Politik ist er im Haushaltsauschuß von dem Führer der Landwirtschaft, dem Abgeordneten Köhler, als der erste Minister bezeichnet worden, dem die Landwirtschaft Dank wolle. Die Industriellen verdanken ihm die Verdoppelung der Düngemittelpreise, wofür die an den badischen Anilin- und Sodawerken beteiligte Deutsche Bank die Verluste tatkräftig unterstützte, die Angriffe gegen Hermes durch Angriffe auf diejenigen abzuwehren, die sich im Gegensatz zu ihm befinden. Die Zufriedenheit des Handels verdankt er seiner Aufhebung der Fleischbewirtschaftung, der Freigabe der Kartoffeln und der Einfuhrpolitik, die zur Wiedereinschaltung des Großhandels und zur Erzielung riesenhafter Gewinne auf Kosten der Volksmasse geführt hat.

So ist also der Kampf gegen diesen Minister der Kampf gegen das Profitinteresse der bürgerlichen Klassen, die den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft auf dem Rücken der breiten Massen der Bevölkerung vornehmen wollen.

Mit vollem Recht meint Dr. August Müller in der „Nationalzeitung“, daß der Fall Hermes nur richtig zu behandeln sei, wenn man ihn als einen Fall des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ansehe. Wir haben bereits bei der Veröffentlichung der Deutschrift der drei Zentrumsabgeordneten darauf verwiesen, unter welchen Umständen das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft im März 1920 entstanden ist. Nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil die damalige parlamentarische Konstellation die Schaffung eines neuen Ministeriums erforderlich machte und weil man nur auf diese Weise den Schwierigkeiten in der Befehlsführung eines anderen Ministeriums entgegen zu können glaubte, ist damals ein neues Ministerium geschaffen worden. Es war dies der verfehlteste Weg, der statt Ordnung größte Unordnung in die Ernährungsverhältnisse gebracht hat. Denn da durch den Rückgang der einheimischen Erzeugung und der Ablieferung die Aufrechterhaltung unserer Ernährung nur möglich war durch die verstärkte Einfuhr von Lebensmitteln, so ist die Freigabe der Einfuhr vieler Waren, die eine der Ursachen der Unordnung des Ernährungsministeriums von dem Wirtschaftsministerium war, von Erschwerungen begleitet gewesen, deren Folgen die notleidenden Massen jetzt schwer büßen müssen.

Durch diese Tatsache, und die weitere, daß das neue Ernährungsministerium aus seinem eigentlichen Gebiet, dem der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Befehlsgebung überhaupt nicht hatte und sie nur im Wettlauf um die Gunst der Agrarier erringen konnte, geriet das Ministerium in immer schärfere Abhängigkeit von allen Interessenten.

Für die Reichskasse bedeutet die Errichtung eines selbständigen Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nach dem jetzt dem Reichstage vorliegenden Etat für 1920 eine Steigerung der Ausgaben um fast 200 Millionen Mark gegenüber einer Ausgabe von nur 32 Millionen Mark, die im Jahre 1919 für die betreffende Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums ausgegeben wurden. Selbst wenn man eine Steigerung der damaligen Ausgaben um das Doppelte als die Folge der allgemeinen Zeitverhältnisse ansehen will, so bleiben doch mehr als 150 Millionen Mark, die durch dieses verfehlte und überflüssige Experiment aus den Taschen der Steuerzahler herausgerissen werden. Und das, obwohl die Errichtung des selbständigen Ministeriums nicht eine Linderung, sondern eine gewaltige Vergrößerung der Ernährungsschwierigkeiten mit sich gebracht hat. Denn dieses Ministerium wurde immer ein Spielball in den Händen der Interessenten und hat insbesondere nach den Wahlen ohne jede Rücksicht auf die Interessen der Verbraucher die gewaltige Beseitigung der beherrschenden Bewirtschaftung in Angriff genommen. Eine gewaltige Steigerung der Preise für alle Erzeugnisse ist eingetreten, eine Verschärfung der Not der Massen, die ohnedies unter der Arbeitslosigkeit und Minderung ihres Einkommens durch verürzte Beschäftigungsdauer erheblich leiden.

Diese Absicht der gewaltigen Beseitigung der Zwangswirtschaft wurde besonders deutlich bei der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung, der Beseitigung der Zwangswirtschaft der Kartoffeln, bei der Freigabe der Einfuhr von Fett und Schmalz, der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide und Getreide. Alle diese Maßnahmen stellen nicht wohlbedachte, im Interesse der Gesamtheit liegende Handlungen dar, sondern waren diktiert von dem Bestreben, die verhasste Zwangswirtschaft zum Ruhen der bestehenden Kreise, wenn auch unter Schädigung der Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft, aufzuheben. Das erst hat den Zusammenbruch der Zwangswirtschaft herbeigeführt und die Zustände geschaffen, die Tausende und Aber-tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten jetzt als unerträglich empfinden.

Die Verluste im englischen Bergarbeiterstreik. Der Verlust an Kohlen infolge des Streiks der Bergarbeiter beträgt 14 Millionen T. Die Bergarbeiter-Gewerkschaft hat 2 Millionen Pfund Sterling an Streikunterstützung gewährt. Der Verlust an Lohnen der Bergarbeiter beträgt 15 Millionen Pfund Sterling.

Die Befugungskosten

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde gestern die Debatte über die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Befugnungen Deutschlands fortgesetzt. Von den verschiedensten Seiten wurden lebhaftest Klagen über die gewaltigen Forderungen erhoben, die die Befugungsbehörden stellen.

Reichsminister Dr. Simons nahm zu der Frage Stellung, ob als Protest gegen den Druck der fremden Verwaltung in den besetzten Gebieten die von der Reichsregierung beanspruchten Mittel zur Erfüllung der in Betracht kommenden Leistungen aus dem Friedensvertrag abzulehnen seien. Er rät von dieser Art des Protestes Abstand zu nehmen, da außenpolitisch nur unangenehme Wirkungen hieraus entstehen könnten. Ein Protest würde ja in anderer Form erfolgen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte sich der Minister gegen die Ausernunft, die sich darin äußert, daß die Befugungsmächte mit deutschen Mitteln den Exportmilitarismus großziehen und unterhalten, während sie vorgeben, den Krieg gegen den deutschen Militarismus geführt zu haben. Der Reichsminister sprach die Hoffnung aus, daß auch diese Frage in Genuß zur Klärung gebracht werde.

Auch Schatzminister Kaunert hat die beantragte Erhöhung von 20 auf 40 Millionen Mark zu beschließen. Werde das Geld nicht bewilligt und zahlen wir nicht freiwillig dann requirieren die Ermächtigung das Geld bei den Banken. Dies müsse aus wirtschaftlichen Gründen unter allen Umständen vermieden werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Demokraten auf Herabsetzung der Befugungskosten und auf Begrenzung der Kosten zu drängen, einstimmig angenommen. Ferner wird der Antrag die Kosten der Befugungsbehörde (Oberschluß) von 20 auf 40 Millionen Mark zu erhöhen, angenommen; desgleichen einige weitere Erhöhungen. Annahme findet auch ein Antrag zur Lage (Zentr.), darauf hinzuweisen, daß die Zahl und die Tätigkeit der im Rheinland aufgestellten Delegierten sich im Rahmen des Rheinlandabkommens hält.

Was ist mit dem Papier-Monopol?

Auf die Anträge unserer Reichstagsfraktion, ob tatsächlich die Absicht besteht, die Ausgabe von Zeitungsdruckpapier dem Hartmann-Konzern zu übertragen und damit ein kapitalistisches Monopol zu schaffen, hat die Regierung bisher nicht geantwortet. Dafür läßt eine „unrichtige Stelle“ durch eine offizielle Korrespondenz eine längere Darstellung los, die unter sehr viel Gerebe behauptet, daß tatsächlich eine beträchtliche Menge Zeitungsdruckpapier von insgesamt 2000 Waggons zunächst durch eine einmalige Erlaubnis bis Ende Januar 1921 ausgeführt werden soll. Die Darstellung verschweigt schamlos den Namen Hartmann und behauptet, daß die Träger dieser Ausfuhr die beiden Druckpapier-Verbände, also die Kartelle seien. Hier wird wider besseres Wissen verschwiegen, daß der wirkliche Träger der Hartmann-Konzern ist, von dem der ganze Plan ausgeht und der einen festen Vertrag mit den Druckpapier-Verbänden abgeschlossen hat und ihn erst abschließen konnte, weil das Ministerium dieser Regelung zustimmte. Es ist also direkt das Gegenteil von der Wahrheit, wenn die offizielle Darstellung behauptet, daß die „Schaffung eines Ausfuhrmonopols zugunsten einer einzigen Firma“ nicht beabsichtigt sei. Es ist ebenso außerordentlich charakteristisch, daß diese offizielle Darstellung nicht instance, eine sachliche Darstellung über die Bedingungen, unter denen dieses kapitalistische Monopol geschaffen wird, zu machen. Wir fordern, daß unsere Anträge heute beantwortet wird, und zwar mit der notwendigen Vollständigkeit und Gründlichkeit!

Rückzug der Neukommunisten

Nach der Niederlage, die die Neukommunisten bei ihren gegen die Genossen Dittmann und Zick angestrebten Prozeß erlebt haben, geben sie jetzt anscheinend ihre eigenständige Rechtsauffassung preis. Ihr Zentralkomitee Däumig und Genossen hatte befallentlich außer der inzwischen abgeleiteten einstweiligen Verfügung auf Unterlegung der Verfügung über die Parteigelder eine weitere einstweilige Verfügung wegen der Benutzung der Räume des Zentralkomitees am Schiffbauerdamm beantragt. Diesen Antrag haben die Neukommunisten nunmehr zurückgenommen. Das ist umso auffällender, als sie nach ihrer ersten gerichtlichen Niederlage, trotz Abweihung ihrer Klage erklären ließen, sie würden auch in Zukunft die Gerichte gegen uns anrufen.

Die Forderung der französischen Bergarbeiter

St. Paris, 4. November.

Der Nationalrat der Bergarbeiter veröffentlicht eine Erklärung über die Forderungen der französischen Bergarbeiter, die sich kurz folgendermaßen zusammenfassen lassen: Der Rat wünscht die Regelung nach Diktieren durch ein Nationalkollatut zu erreichen, das durch ein Abkommen mit den Gewerkschaften und Abordnungen festgelegt werden soll. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß es alle Unterzeichner verpflichtet, die gegenwärtigen Lohnsätze zu respektieren und eine Lohnregelung festzusetzen, die für ganz Frankreich Gültigkeit hat. Die Bergarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung, die zu dem gegenwärtigen Lebensstandard in einem direkten Verhältnis steht.

Sozialismus und Koalition

Brüssel, 4. November.

In der vom Sozialistischen Parteilag angenommenen Tagesordnung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Beteiligung der Arbeiterpartei an einer neuen Regierung, bestehend aus demokratischen Elementen anderer Parteien, kein Verzicht auf das sozialistische Programm oder auf einen Teil desselben bedeute. Die Beteiligung werde stattfinden, wenn

1. der Paragraph aus dem Sitagesetz verschwinde, der das Streikrecht hemme,
 2. wenn der Staat alle Mittel anwende, um die Lebensmittellieferung zu befähigen,
 3. wenn das Reformprogramm der Arbeiter, das die frühere Regierung angenommen habe, restlos durchgeführt,
 4. wenn das Gesetz über den Achtundzestag, das die Kammer, aber der Senat noch nicht angenommen habe, zur Anwendung gelange,
 5. wenn die Militärdienstzeit nicht länger als höchstens 6 Monate dauere, und
 6. wenn die Verfassungsänderung im Sinne der Forderungen der Demokratie durchgeführt werde.
- Wenn die Sozialdemokratie praktisch vor der Frage der Beteiligung an der Regierung stehe, solle nochmals ein engerer Kontakt über die Lage und über die endgültige Entscheidung beschließen.

Rededuell Helfferich-Wirth

Deutscher Reichstag

Donnerstag, den 4. November 1920.

Fünfter Tag der politischen Aussprache

Helfferich (D. R.): Vor allem weise ich jede Forderung unseres Parteitag hier im Parlament, wie sie auch der Minister Simons sich zu eigen macht, energisch zurück. Gegenüber den unbedeutenden Ausführungen des Abgeordneten Müller frage ich: Wer bestreitet die Notwendigkeit der Kriegskriegs- und Kriegskriegs-Verordnungen? (Heiterkeit und Juchzen.) Ein Volk, welches erklärt, sich nicht zur Wehr setzen zu wollen, ist reif für die Sklaverei. (Sehr richtig! rechts.) In der Entwurfsfrage erwarten wir genaues Vorgehen gegen jene Kreise, die nach eigenem Belieben die Waffengewalt zur Erreichung der Diktatur des Proletariats anwenden. Mit der Entlassung der Wehrmacht und der Wehrmacht darf erst begonnen werden, wenn die Wehrmacht zurückgeworfen sind. (Aha und Widerspruch links — Beifall rechts.) Zur: Paritätische Einwohnerversicherung. Ich weiß nicht, ob die Einwohnerversicherung überhaupt Waffensucht (Schallendes Gelächter). Der Organismus ist unerschütterlich, denn der Preussische Justizminister hat nach Befragung des Reichstags — und ich nehme an, daß Herr Severing doch sicher alles Befehlende angebracht hat — entschieden, daß das Verbot des Herrn Severing zu unrecht besteht. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie gegenüber dem Gewaltakt des Herrn Severing den Gehorsam verweigert. (Beifall rechts.) Wir verlangen auch die Veröffentlichung des ganzen Materials. (Beifall.)

Wirth (D. R.): Ich habe keine Beziehungen anzunehmen, auch keine Handelsbeziehungen, denn Rußland hat nichts zu handeln. (Zuruf: Sie sind ja ausgerissen!) Rußland hat nur einen Exportartikel: die Revolution. Der Staat überträgt zum ersten Mal die Summe von 100 Milliarden Mark. Das Geld geht an den sogenannten ordentlichen Staat, besteht nur aus dem Papier. Beim außerordentlichen Staat ist ein Höchstbetrag von 68 Milliarden Mark angedacht, der sich voraussichtlich auf 70 erhöht. Als ich im Jahre 1918 das Schahajam verließ, hatten wir 30 Milliarden Schulden. (Zuruf: Goldmark.) Heute 290 und im März 1921 werden es 320 sein. Dasselbe Bild zeigt der Notenanstieg.

Redner beschäftigt sich dann mit den ungeheuren Kosten, die dem deutschen Volke finanziell aus dem Friedensvertrage erwachsen. Bei den Ausführungen über das Reichsnotopfer und die Steuererhebung gerät der Redner in lebhafteste Auseinandersetzungen mit dem Reichsfinanzminister. Zur Verringerung der inneren finanziellen Krise schlägt Redner eine eingehende Revision der gesamten Steuererhebung vor. Neue Formen im Wirtschaftswesen, wie Kapitalbeteiligung, Gewinnbeteiligung der Arbeiter usw. sind notwendig, aber nicht mechanisierende Sozialisierung. (Beifall und Widerspruch.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth wendet sich gegen die scharfe Kritik der Reichsregierung. Von hinterlassenen Geisteskräften aus der Zeit Helfferichs ist nichts zu messen. (Sehr richtig!) Gegenüber seinen Ausführungen betone ich, daß das Volkswort des deutschen Volkes bereits im Kriege begonnen hat. Herr Helfferich hat erst einen einzigen positiven Vorschlag gemacht. Die notwendigen schweren Steuererhöhungen, insbesondere das Reichsnotopfer, müssen durchgeführt werden; eine entsprechende Novelle wird dem Hause in nächster Zeit zugehen. Der Minister wendet sich dann gegen eine Reihe einzelner Behauptungen des Vorredners und weist besonders auf

die hohen Gewinne der Industrie besonders der Montanindustrie hin, deren Preissteigerung in keinem Verhältnis zur Steigerung der Löhne und Gehälter steht. Wir werden dem Reichstag in kurzem einen Milliarde nachtrag zugehen lassen müssen, um die Ernährung des Volkes sicher zu stellen. Aus unserem Land gibt es ein Hauptmittel: die Stabilisierung unseres Geldes. Zum Schluß seiner Ausführungen betont der Minister, daß zu den Ausführungen des Abg. Helfferich am wenigstens ein Raum berechtigt ist, der durch seine verhängnisvolle Kriegspolitik außerordentliche Kurzsichtigkeit bewiesen habe. Wer den Ausdruck getan hat: „das Blutgewicht der Milliarden sollen die anderen nach sich schleppen“, der ist nicht berufen, als Anführer gegen die Regierung aufzutreten. (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Dr. Quast (D. R.) beschäftigt sich eingehend mit dem Etat. Der Aufbau des Etats ist lächerlich und unklar. Es befinden sich darin große positive Posten; doch wäre mit einer Ueberstärkung des Etats und der Steuererhebung nicht gedient. Nicht helfen kann die Ausführung des marxistischen Sozialismus. Ich bin überzeugt, wenn Marx hier im Saal wäre, würde er auf der rechten Seite des Hauses seinen Sitz haben. (Heiterkeit.) Es handelt sich darum, aus der politischen Misere, die vor uns steht, die bereits ihr höchstes Maß erreicht hat, die wirtschaftlichen und rechtlichen Forderungen zu ziehen, denn der soziale Stand erstreckt sich mit Recht auf wirtschaftlich zu einem anerkannten Faktor zu werden. Es handelt sich also darum, die Wirtschaftsfaktoren Kapital, Unternehmertum und Arbeitskraft zu einander zu führen. (Sehr gut.) Redner findet dann eindringliche Worte gegen den innerpolitischen Kampf der Parteien.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich der Abg. Helfferich (D. R.) gegen verschiedene Ausführungen des Reichsfinanzministers und betont, daß er sich in der Hoffnung auf eine Kriegenschiedung in der von ihm sonst gemiedenen Gesellschaft des früheren Reichsfinanzministers Erzbergers befindet. (Heiterkeit.)

Freitag, den 4. November 1920, vormittags 12 Uhr: Kleine Anfragen; Interpellation über Kartellverfolgung; Fortsetzung der Staatsdebatte; kleine Gesandtschaften.

zuzubauen, in der es keinen Krieg mehr gibt und in der jeder wieder froh und glücklich sein soll, die Welt des Sozialismus.

Hierauf nahm der belgische Delegierte Merx das Wort und drückte die Hoffnung aus, daß die deutsche Arbeiterkraft mit den Arbeitern der Welt die Internationale groß machen werde. Wenn die kapitalistischen Kreise der Entente das Ruhrgebiet besetzen lassen wollten, dann werde sich die belgische Arbeiterkraft diesem Beginnen einmütig widersetzen. Der Krieg sei zu Ende, die Arbeiter aller Länder müßten sich jetzt zusammenschließen, um die Welt zu erobern.

Merx überbrachte die Grüße der französischen Metallarbeiter. Das größte Unglück, das die Arbeiterkraft treffen könne, sei die Zerstückelung in der Arbeiterkraft.

Gewerkschaftssekretär Kette schilderte nochmals die furchtbare Gefahr, die unseren Kindern und damit unserer Zukunft durch die Ablieferung der Ruhrgebiete droht. Die Ruhrarbeiterkraft habe alles getan, um das Abkommen von Spaas zu erfüllen. Die deutschen Arbeiter werden ihren Genossen im Ausland beim Wiederaufbau helfen, aber die Folge des Spaas-Abkommens lasse schwer auf dem deutschen Arbeiter. Zum Schluß begrüßte der Redner das Wohnungselend.

Als Vortrager nahm der Gewerkschaftssekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Himmels das Wort. Zum ersten Male haben sich hier nach dem Kriege, nachdem Ströme von Blut geflossen waren, die Arbeiter aller Länder wieder die Hand gereicht. Er streifte die Konföderation des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen Ungarn, die Konföderation der Entente an Polen, die der Internationale Gewerkschaftsbund verhinderte. Nun sei es Aufgabe des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern. Der Redner schloß mit dem Ruf: Halset fest an Euren Gewerkschaften, halset fest am Internationalen Gewerkschaftsbund!

Die Versammlung dankte mit stürmischem Beifall. Mit einem dreifachen Hochruf auf die Amsterdamer Internationale wurde die Versammlung beendet. In Bochum und Dortmund besuchte die Internationale Gewerkschaftskommission verschiedene Gruben und Fabrikbetriebe.

Wir können diese Beweise der durch den Krieg unerschütterten internationalen Solidarität nur freudigst erwidern. Es ist wertvoll, daß gerade die Vertreter der besten Länder, die durch den deutschen Militarismus am härtesten getroffen wurden, Belgien und Frankreich, es waren, die die herzlichsten Worte der Sympathie und des Verständnisses für die deutsche Arbeiterkraft fanden. Wir sehen aber auch hier, wie die durch den Krieg und vor allem durch den Versailler Vertrag geschaffenen Konflikte ihre Lösung einzig durch die regierenden Kabinette nicht mehr finden. Ein neuer Faktor, politisch und wirtschaftlich gleich mächtig, legt sein Gewicht bei den wicklungsentscheidungen der internationalen Politik in die Waagschale. Die Solidarität des internationalen Proletariats manifestiert sich längst nicht mehr nur in Resolutionen, sondern in Taten.

Eine Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Auch der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Besetzung des Ruhrgebietes beschäftigt und folgende Kundgebung einstimmig angenommen:

„Von Tag zu Tag mehren sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewalttätigen Besetzung unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte näherbringen. Truppenkonzentrationen, Anlegen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Kundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landeserrat grenzende Bestrebungen, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes zu einer Besetzung der französischen Industrie führen lassen, sind eine Gefahr für die deutsche Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das französische Volk nicht von der räuberischen, den Wehrkräften aufs Neue bedrohenden Besetzung ihrer Ziele abhären, — aber der einsichtigeren und weisheitsvollen Teil der Menschheit, und besonders die gesamte Arbeiterkraft aller Länder, sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.“

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterkraft, erhebt die lebhafteste Verwahrung gegen diese französischen Bestrebungen, und warnt die verantwortlichen Gewalttäter auf das eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne. Der Bundesausschuss ersucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftsbund in London, eine Kundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.“

Internationaler Kongress der Post- und Telegraphenangestellten

Am 1. November wurde im Stadthaus in Mailand der Internationale Kongress der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten eröffnet. Der Kongress ist besetzt von Abgeordneten aus Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Holland und der Schweiz. Der Kongress begann unter dem Vorsitz des belgischen Delegierten Paulus mit den Arbeiten. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, die gegen die Hinrichtung des Generalsekretärs des ungarischen Post- und Telephonpersonals, Csasz Lenai, protestiert. Die italienische Delegation kritisierte die Aktion der Amsterdamer Internationale gegen die ungarische Reaktion als ungenügend durchgeführt. Das Präsidium der gestrigen Sitzung lag in den Händen des deutschen Delegierten Hubrich. Der Kongress erörterte die Frage der Kontrolle der Betriebe durch das Personal (Mitspracherecht). Die Mehrheit der Kongressmitglieder war für bloße Einführung des Vorkontrollrechtes unter Abrechnung jeder Mitarbeit an der Verwaltung. Am zweiten Tage beschäftigte sich der Kongress unter dem Vorsitz des englischen Delegierten Binard mit der Diskussion der gewerkschaftlichen Richtlinien des internationalen Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals. Die italienische Delegation war für eine lebhafteste Propaganda für den Beitritt des Postpersonals zur dritten Internationale, welcher Auffassung Vertreter der übrigen Länder jedoch entgegenstehen. Demzufolge hat sich die italienische Delegation geweigert, an dem internationalen Vollkongress teilzunehmen. Der Vollkongress aus dem internationalen Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals wird seinen Sitz in Wien aufschlagen. Das Sekretariat wird der österreichische Direktor Wagner übernehmen.

Vor Abschluß seiner Verhandlungen hat der Kongress einen Antrag des italienischen Delegierten abgelehnt, den 1. Mai durch eine 24-stündige Arbeitsruhe zu feiern, dagegen einen Antrag der englischen Delegation angenommen, daß der 1. Mai als Feiertag des ganzen internationalen Proletariats betrachtet werden müsse.

Preussische Landesversammlung

Donnerstag, den 4. November.

3. eite Lesung der Verfassung

Zunächst erfolgt die Abstimmung über die den Staatsrat betreffenden juristischen Paragraphen und über den damit zusammenhängenden Paragraphen 10, durch den die Auflösung des Landtages geregelt wird, und über den § 26, wonach der Landtag ohne Aussprache den Ministerpräsidenten zu wählen hat und dieser die übrigen Staatsminister ernannt. Alle Paragraphen wurden nach Ablehnung der Änderungsanträge angenommen.

Es folgt der Abschnitt über das Staatsministerium §§ 26 bis 30. Bei § 27b, der bestimmt, daß die Minister Anspruch auf Besoldung haben, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung ihnen oder nicht zuzustehen, verlangt Abg. Hellmann (Soz.) Streichung dieser Paragraphen. Dem widerspricht Abg. Dr. v. Kries (Dnat.). — Abg. Ludwig (U. Soz. rechts) stimmt dem sozialdemokratischen Antrage auf Streichung zu.

Nach weiterer Aussprache wird der sozialdemokratische Antrag zugunsten folgender Fassung des Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.) zurückgezogen. Die Minister haben Anspruch auf Besoldung, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung bestimmt ein besonderes Gesetz. Darauf wird § 27b in dieser Form angenommen.

Die §§ 28 und 29 werden bedingungslos angenommen; § 30 soll mit § 31 zusammengefaßt werden. § 31 wird in folgender, von den Sozialdemokraten beantragten Fassung angenommen: „Das Staatsministerium erstreckt sich auf die Ausführung der Gesetze erforderlichen Verordnungen, soweit das Gesetz diese Aufgabe nicht einzelnen Staatsministern zuweist.“ Zu § 32 bemerkt Abg. Freymuth (Soz.): Der Wortlaut des § 32 könnte zu der irrtümlichen Auffassung führen, daß das Staatsministerium das Begnadigungsrecht nicht mehr an einen einzelnen Minister übertragen darf. Tatsächlich soll aber an der früheren Handhabung nichts geändert werden. Wir erbitten eine dahingehende Erklärung. — Ein Regierungsvertreter gibt die gewünschte Erklärung ab.

Abg. Dösch (U. Soz. rechts): Ich erlaube die Rechtssozialisten daran, daß das Exekutivprogramm die Wahl der Beamten durch das Volk fordert. Ich stelle fest, daß die Rechtssozialisten und die Demokraten wieder einmal Grundzüge des alten bürokratischen Staates in die neue Verfassung übernehmen. Auch das Zentrum handelt inkonsequent.

Abg. Freymuth (Soz.): Im Exekutivprogramm steht nur, daß die Ernennung der Beamten durch das Volk erfolgen solle; dagegen braucht nicht jeder einzelne Beamte durch das Volk ernannt zu werden.

§ 32 wird in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso § 33. § 34 regelt das Begnadigungsrecht.

Abg. Richterlein (U. Soz. rechts): Wir wenden uns dagegen, daß das Begnadigungsrecht jetzt an das Staatsministerium übergeht. Wir fordern eine gesetzliche Regelung dieser Materie. Große Mängel berichten hinsichtlich der Handhabung des Begnadigungsrechtes in den Gebieten, in denen es internationalisierte Kommissionen ausüben.

Abg. Freymuth (Soz.): Ein Bedürfnis für ein Gesetz oder für eine generelle Festlegung des Begnadigungsrechtes in der Verfassung liegt im Augenblick nicht vor.

Abg. Richterlein (U. Soz. rechts): Bei der Handhabung des Begnadigungsrechtes ist besonders in Oberschlesien jahrelang gesündigt worden. Die Bevölkerung verlangt eine gründliche Reform. Eine allgemeine Amnestie, wie sie im Fall des Verbleibens der Provinz Oberschlesien beim Reich notwendig wird, ist immer schlechter als eine Amnestie im Einzelfall.

§ 34 wird in der Ausschlußfassung angenommen. Die Bestimmungen über das Zustandekommen und die Verkündung der Gesetze (§§ 41 bis 43) werden unter Ablehnung von Änderungsanträgen der Unabhängigen in der Ausschlußfassung angenommen. Es folgt die Beratung des Abschnittes 6 über das Finanzwesen (§§ 44 bis 46). § 45 bestimmt in seinem letzten Satz, daß bei nicht rechtzeitigem Zustandekommen des Etats das Staatsministerium Schahajamweisungen ausgeben kann bis zur Höhe eines Viertel der Einnahme des abgelaufenen Haushaltsplans für je drei Monate, soweit die Einnahmen aus den auf besonderem Gesetze beruhenden Steuern, Abgaben usw. zur Leistung der sogenannten Ausgaben nicht ausreichen.

Abg. Weßmeyer (Dnat.) beantragt Streichung dieses Absatzes. — Der Antrag wird abgelehnt. — § 46 lautet: „Das Finanzwesen der ertragswirtschaftlichen Unternehmungen des Staates kann durch Gesetz abweichend von den Vorschriften der Verfassung geregelt werden.“ — Nach kurzer Debatte wird

§ 46 unverändert angenommen. — Ein Antrag Bergt (Dnat.) auf Aufnahme einer Bestimmung, in der die Verpflichtung zur Förderung des selbständigen Mittelstandes in der Verfassung ausdrücklich festgelegt wird, wird abgelehnt.

Die §§ 48 und 49 regeln die Selbstverwaltung.

Abg. v. Kries (Dnat.): Den Beschlüssen des Ausschusses über die Selbstverwaltung der Provinzen stimmen wir zu. Aus grundsätzlichen Erwägungen stimmen wir gegen den § 48a, der die Wahlen zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen regelt, eine Materie, die durch die Provinzialgesetzgebung selbst geregelt werden müßte. Die Provinzialautonomie wird aus den vertriebenen Grenzen gedrückt und kann zu bedenklichen Konsequenzen führen. Brechen Sie in der Zukunft noch vor großen politischen Aufgaben. Die Zerstörung des Reiches kann nur verhindert werden, wenn ein festes Brechen seine Anziehungskraft geltend macht. (Lebhafter Beifall bei den Dnat.)

Abg. Preuß (Dnat.): Ich muß gestehen, daß mich die Darlegungen des Abgeordneten von Kries bedenklich gemacht haben, auf den Ausschlußbeschlüssen stehen zu bleiben. (Hört, hört!) Er hat angedeutet, daß die Provinz Vommern, deren Zustimmung ihm zweifellos bekannt ist, gesonnen sein könnte, auszuscheiden, und daß die wirtschaftlichen Zusammenhänge auseinandergerissen würden. Da könnte man fast meinen, daß eine gemeinsame politische Organisation der Provinzen ja gar nicht vorhanden zu sein scheint. (Heiterkeit.) Die Deutschnationalen berufen sich neuerdings gern auf den Freiherrn vom Stein. Was in der Verfassung niedergelegt werden soll, ist weiter nichts als die Uebertragung des reinen Selbstverwaltungsworts auf die Provinzen. Wir müssen die zentrale Reichsgewalt härten, aber von oben herab geht das nicht, sondern nur durch Stärkung der Selbständigkeit der Landschaften kann für das Reich wirkungsvoll gefolgt werden. (Lebhafter Beifall links.)

Darauf verläßt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr vormittags: Verfassung, Etat.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und das Ruhrrevier

Wie wir bereits mitteilten, weist gegenwärtig im Ruhrgebiet eine Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die die dortigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse studiert, um in der Frage der Besetzung des Ruhrgebietes Stellung nehmen zu können. Die Mitglieder der Kommission haben in einer am Mittwoch stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung in Essen sich scharf gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ausgesprochen und ihre herzliche Sympathie mit der deutschen Arbeiterkraft ausgedrückt. Ueber die Versammlung selbst berichtet die „Dena“:

Gewerkschaftssekretär Kette begrüßte die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Namen der deutschen organisierten Arbeiterkraft und wies auf die furchtbare Lage des Industriegebietes hinsichtlich der Lebensmittelbeschaffung für die Arbeiter hin.

Der französische Delegierte Jouhaux führte aus, es sei ins Ruhrgebiet gekommen, um den deutschen Arbeitern die brüderlichen Gefühle der französischen Arbeiter und der Arbeiter aller im Internationalen Gewerkschaftsbund vertretenen Länder zu übermitteln. Was hinter uns liege, sei begreifbar und die erste Sorge der Arbeiter aller Länder müsse es sein, dem Kriege den Krieg zu erklären. Nur so würden die Arbeiter imstande sein, ihre große Aufgabe zu erfüllen. Der Redner streifte sodann die Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der gegen jeden Krieg und gegen jeden Militarismus und aus diesem Grunde auch gegen jede Besetzung eines Landes durch militärische Kräfte sei. Zum Schluß seiner Darlegungen erklärte Jouhaux: Wir wünschen den Wiederaufbau sowohl Deutschlands wie auch Frankreichs. Wir wünschen diesen Wiederaufbau durch gemeinsame Arbeit, aber nicht unter der Kontrolle von Bajonetten und Kanonen. Die Arbeiter aller Länder sollen freie Arbeiter sein. Das Elend, was wir hier gesehen, soll uns aber das Elend der französischen Arbeiter nicht vergessen lassen. Wir wissen jedoch, daß Deutschlands Elend nicht beilegt werden kann, ohne die gemeinsamen Arbeit aller Länder. Die Aufgabe aller Arbeiter der Welt sei, nicht als Sklaven, sondern als Arbeiter in vollkommener Unabhängigkeit zu leben. In diesem Sinne spricht er die Wiederaufbau, eine Welt wieder aufzubauen, in der es keinen Krieg mehr gibt und in der jeder wieder froh und glücklich sein soll, die Welt des Sozialismus.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: Kästchen von Helldrona

Proletarisches Theater
Märkische 142
10. November, 7 1/2 Uhr:
Die Fei de v. Mirxim Berkli

Neu. s. Volkstheater
Königsplatz 67. 68.
7 1/2 Uhr: **Majör Barbara**

Staatstheater
Opernhaus
6 1/2 Uhr:
Alteer Hicabart

Alteer Hicabart
Schauspielhaus
(Kaiser-Wilhelm-Theater)
7 1/2 Uhr: **König Alwin II.**

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: **Kammerpiele**

Kammerpiele
7 1/2 Uhr: **Großes Schauspielhaus**

Großes Schauspielhaus
Karlstr. 10
7 1/2 Uhr: **Königsgräber**

Königsgräber
1/2 Uhr: **Komödienhaus**

Komödienhaus
1/2 Uhr: **Berliner Theater**

Berliner Theater
1/2 Uhr: **Waldfeld-Theater**

Waldfeld-Theater
1/2 Uhr: **Rose-Theater**

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: **Mutter u. Sohn**

Mutter u. Sohn
7 1/2 Uhr: **Trionon-Theater**

Trionon-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Roman einer Frau**

Der Roman einer Frau
7 1/2 Uhr: **Freundschaft-Theater**

Freundschaft-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Freundin**

Die Freundin
7 1/2 Uhr: **Königsgräber-Theater**

Königsgräber-Theater
7 1/2 Uhr: **Casino-Theater**

Casino-Theater
7 1/2 Uhr: **Start ab 3 Uhr**

Start ab 3 Uhr
Sieg / Platz
Geld wird ausbezahlt

Pferderennen
mit Jockey-Betrieb, Eintritt frei
in Friedrichstr. 96

Münzen :: Briefmarken
auf Großmann, Johannisstr. 4.
Norden 100 21.

Leiter- u. Kastenwagen
von 200 Mark an.
In. Gussarbeit. Der stabilste Wagen!
„Nordflug“, Wilhelmstr. 42.

Ein unentbehrliches Notizbuch
ist der

U. S. P. D.

Taschenkalender

1921

Gut gebunden 4.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Leffing-Theater
Direkt. Victor Barnowski
7 Uhr: **Beer Gynt**

Deutsch-Kunst-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Scheidungsreise**

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Die Csibisbaronesse**

Die Csibisbaronesse
Operette in drei Akten nach
einem Motte Gedichte
von Fritz Grünbaum.

Id. am Hollendorfpark
7 1/2 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**

Hoheit die Tänzerin
7 1/2 Uhr: **Folles Cavrice**

Folles Cavrice
7 1/2 Uhr: **Harems-Nächte**

Harems-Nächte
7 1/2 Uhr: **Apollon-Theater**

Apollon-Theater
7 1/2 Uhr: **Elite-Sänger**

Elite-Sänger
7 1/2 Uhr: **Concordia**

Concordia
7 1/2 Uhr: **Palast-Theater**

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: **Reeves & Reeves**

Reeves & Reeves
7 1/2 Uhr: **Senia Süneta**

Senia Süneta
7 1/2 Uhr: **Loia Gray**

Loia Gray
7 1/2 Uhr: **Yo Loria & Roy**

Yo Loria & Roy
7 1/2 Uhr: **Concordia**

Concordia
7 1/2 Uhr: **Palast-Theater**

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: **Königsgräber**

Königsgräber
7 1/2 Uhr: **Casino**

Casino
7 1/2 Uhr: **Start ab 3 Uhr**

Start ab 3 Uhr
Sieg / Platz
Geld wird ausbezahlt

Pferderennen
mit Jockey-Betrieb, Eintritt frei
in Friedrichstr. 96

Münzen :: Briefmarken
auf Großmann, Johannisstr. 4.
Norden 100 21.

Leiter- u. Kastenwagen
von 200 Mark an.
In. Gussarbeit. Der stabilste Wagen!
„Nordflug“, Wilhelmstr. 42.

Ein unentbehrliches Notizbuch
ist der

U. S. P. D.

Taschenkalender

1921

Gut gebunden 4.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Winter-Kleidung

Unsere Kleiderwerke erzeugen Kleidungsstücke, welche der Maßerbeif nicht nur ebenbürtig sind, sondern diese noch vielfach überbieten.

| | | |
|-----------------------------|--|------------|
| Ullster | in Schläpfer, Raglan, Sport- und anderen Formen, aus nur haltbaren Stoffen | 500 M. an |
| Paletots | aus Cheviot, Eskimo, Raibin usw. | 550 M. an |
| Pelze | Sportform, teils aus englischen Stoffen, mit vorzüglichem Pelz | 1500 M. an |
| Bozener Mäntel u. Pelermine | aus dickem Winterloden | 300 M. an |
| Bozener Mäntel | für Jünglinge, aussergewöhnlich preiswert | 175 M. an |
| Joppen | ganz schwer, mit warmem Futter | 175 M. an |
| Anzüge | ausnahmsweise billig | 245 M. an |

Knaben- und Burschen-Ullster, Joppen und Pjackets in allen Preislagen.

BaerSohn

Keine Füllionen mehr Nur Chausseestraße 29-30 Keine Füllionen mehr

TRAURINGE

billig
Dukaten 500 geimpf., Stk. 21h. 110 an
14 Karat 585 „ „ 60 „
18 „ 333 „ „ 30 „
20 „ 223 „ „ 20 „
Tafelring, volle Garantie für Feingehalt, Preis vorzüglich an jeder Uhr, Gold, Silber, Platin, Verkauf von Gold, Silber, Brillanten in höchsten Preisen.
H. DOCK, BERLIN O., Androssstraße 44, Nikolaus-Tempelhof, Fernspr. Nr. 3263 Neb.-Viertel.

Auf den Rücken Das Kapital

zweite unvollständige Auflage
von Karl Marx
Gemeinschaftliche Ausgabe v. Julius Dornhardt
Das Kapital d. Wissenschaft. Sozialismus, in Marx' eigenem Wortlaut für jedermann lesbar gemacht. 3 Bde.
Preis 15.- Mark.
Verlag der Reichstrahlen Berlin-Wilmersdorf, Hindenburgstr. 1.

DER MIETERSCHUTZ

Beste gemeinverständliche Darstellung des Mieterschutzes u. der Höchstmietenverordnung
Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boehneim
Mit Nachtrag: Die Änderungen des Mieterschutzes
Preis 4 Mark

BESTELLEN SIE SOFORT BEI DER BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“: BERLIN C 2

Spezial-Arzt

Dr. Jaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Stüttenuntersuchungen, Beratungen mit Höhenmesser, Wass. u. Röntgenlicht; in der Heil-Dir. O. Löser, Münzstr. 9
Kast. 100.-
nahe Koenigsplatz, 6-1, 6-2, Sonntags 6-1, Damen separat.

Spezial-Arzt

Dr. Schott für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, barmhellige Heilungen, Wass. u. Röntgenlicht, gegen Syphilis, nerv. Schwäche, Stüttenuntersuchungen, in der Heil-Dir. O. Löser, Münzstr. 9
Kast. 100.-
nahe Koenigsplatz, 6-1, 6-2, Sonntags 6-1, Damen separat.

Läuse-Plage

aus Fülle l. Frau (Nisse) bei Mensch u. Tier m. m. gel. sich. Mittel
Schulda. Wie Haut u. Haar unschädlich. Zu haben in Berlin bei den Drogerien C. Ohm, Waadstr. 21, Waisenstr. 18, Koenigsplatz 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Waiderdank!

Das schone Mittel, das in jedem Haus sein sollte, ist das Waiderdank. Es wirkt wunderbar bei allen Hautkrankheiten, wie Ekzem, Psoriasis, Neurodermitis, etc. Es ist ein kostbares Hausmittel, das Sie nicht missen dürfen.
Preis 1.- Mark.
H. DOCK, BERLIN O., Androssstraße 44, Nikolaus-Tempelhof, Fernspr. Nr. 3263 Neb.-Viertel.

Russische Korrespondenz

Nr. 14 16

Aus dem Inhalte: 7. November 1917 - 7. November 1920: L. Trotzki: Die Oktoberrevolution / N. Bucharin: Der Klassenkampf und die Revolution in Russland / A. Joffe: Die erste proletarische Regierung / Die Verfassung (des Grundgesetzes) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik / Aus den ersten Dekreten und Kundgebungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik / L. Trotzki: Die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk / N. Lenin: Ein Brief an die amerikanischen Arbeiter / Ein diplomatischer Notenwechsel über den weißen und roten Terror / Offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herrn Woodrow Wilson

N. Lenin: Rede auf dem 3. Allrussischen Kongress des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes (Moskau, 4. Oktober 1920) / P. F. Kudrjalchew: Wege des Sowjet-aufbaues / W. P. Miljutin: Sozialismus und Landwirtschaft / A. Anisk: Organisation des Arbeitsmarktes in den ersten zwei Jahren der Sowjetwirtschaft / W. Posner: Die Einheits-Arbeitschule / W. Posner: Bericht über die Tätigkeit der Abteilung Einheits-Arbeitschule im Kommissariat für Volksaufklärung / W. Latschew: Die Arbeitsleistung in der Kohlen- und Torfindustrie / Das Filcherergerwebe im Gouvernement Altai / Karl Radek: Kongress der Offiziere / W. Miljutin: Über Parteiarbeit / G. Sinowjew: Über die Sanierung der Partei / Karl Radek: Die Organisationsideen der Kommunistischen Partei Russlands / A. Praxlow: Die Lage der Gold- und Platingewinnungsindustrie im Ural / Prof. N. Gredeskul: Die Krise in der Intelligenz / Illustrationen: Acht Mehrfarbendrucke nach den Originalplakaten aus Sowjetrußland; fünf Zeichnungen 180 Seiten nach den russischen Publikationen. Preis 8.- M.

Bestellungen sind zu richten an die Auslieferungsstelle für Deutschland:
A. Seehof & Co., Verlag, Berlin C54

Alte Gebisse

aus goldene bis 3000 Mark
Einzelne Platinstiftzähne
von 12 bis 300, jedoch nicht unter 12 Mk. pro Zahn
Kunstzähne nicht unter 7 Mark

Platin - Brandtite, Kostante usw. bis 165 Mk. pro Zahn
Gold - Brandtite und Gegenstände 12 Mk. pro gr.
Silber - Brandtite, 1,00

Dr. Herz, Fehrbelliner Str. 52
Nahe Brunnenstraße / Fernsprecher: Humboldt 430.

Geschlechts-

krankheiten, wenn anders
andere verfolge, nachweis-
bar noch Hilfe im Naturreich
Institut für Geschlechts-
krankheiten, Koenigsplatz, Tel. 10-1
1-2, Sonnt. 11-1. Damen
immer separat. Jeder Kranke
erhält Dr. med. Ludwig
Koenigsplatz für Mk. 2,00 im
versteht. Unkosten ohne Auf-
bruch. Angabe des Lebens
erforderlich.

Kaufe Metalle

Engros u. Detail, jede Menge
Preis. Lichtmann & Co.,
Neue Schönhauser Str. 13.
Neu eröffnet. Neu eröffnet.

Metall-ankaufsstelle

Metall-Osten
Ordn. Weg 80
zahl. Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink usw.

Neuköllner Metall-

Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66, am
Dammplatz, kauft
Kupfer, Messing,
Blei, Zink.

Kupfer

Messing, Blei, Zink
Wassermann, Dammplatz
kauft Höchstpreise
Lychener Str. 5
an der Hochbahn Potsdamer Str.

Kupfer, Messing, Zinn

antike Utensilien
jede Menge Tagespreise
Neue Hornstr. 36.
Händler Extrapreise.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Dem Kollegen zur Nachsicht, daß folgende Mitglieder
erstorben sind:
Der Dreher
Otto Schilling
Berlin, Köpenicker Straße 33, am 30. Oktober.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. 11. 20,
nachm. 3 1/2 Uhr, im Krematorium Friedrichstraße statt.
Der Vertreter
Bruno Falkenberger
Wohlfahrt 57, am 1. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 6. Nov.,
nachm. 1 Uhr, im Krematorium Friedrichstraße statt.
Ihre ihrem Andenken!
Bspg. Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1238, 1987, 9714.

Sonntag, den 7. November 1920, Sonntag 9 1/2 Uhr

Verammlung

der Kesselschmiede und Helfer sowie der
dazu gehörenden Vereine
in „Schutz“ Bruchstr. 7, am Koenigsplatz
Tagesordnung: 1. Vorschlagsangelegenheiten. 2. Ber-
richte.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Satz besonders werden hierzu die Kollegen aus dem Lande
von, Wilmersdorf, sowie die Kesselschmiede und sonstige
Kollegen aus den Eisenbahnbetrieben eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin, Seeböckstr. 37-38.

Achtung! Außerordentliche Achtung!

Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 7. November 1920, nachm. 10 Uhr
in den Kammerräumen, Teufelstr. 1-4.
Tages-Ordnung: Bericht über die Aufnahmear-
beit; Kasse; W. H. Schumacher.
Zu Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird gebeten, sich
zeitlich zu entschließen. - Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert
ohne Weiteres, aber mit mehr als 4 Wochen alten Mitglieds-
buch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Deutscher Sofalarbeiter-Verein, Verband der Maler und Lackierer und Verband der Sattler.

Montag, den 8. November 1920, abends 7 1/2 Uhr

Vollversammlung

aller in Karosserie- und Wagenbaubetrieben
beschäftigten Arbeiter
in Koenigsplatz, Seeböckstr. 17.
Tagesordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission, 2. Diskussion.
Erhalten aller Kollegen unbedingt notwendig. Die Beschei-
dungen und Beschlüsse treffen sich um 4 Uhr in demselben
Zokal (Königsplatz).
Die Ortsverwaltung.

Parteienossinnen

Botenfrauen stellt sofort ein die
Hauptexpedition
Breite Straße 8-9
Expedition Jordan, Dresdener Str. 24
(Restaurant)

Spez. Döring, Steinmetzstr. 23
" Traptow, Klefholzstr. 18b
" Krüger, Neukölln, Emser Str. 3
" Lorenz, Charlottenbg., Wallstr. 6
" Karlsruher, Schenkstr. 7a

Achtung, Brautleute!

1 Dukat-Bräutigam
500 grottempel 150 Mk. an
500 „ „ 100 „ „
500 „ „ 50 „ „
jeder Ring ist wegen des
maxim. Goldes hergestellt bei
voller Garantie für eingetaucht
jede Größe am Lager.

G. Alb. Thal

Erstes Berliner Spezial-
geschäft für Trauringe.
C 19, Seydelstraße 5
(Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Kupfer

Messing, Zinn usw.
Neudorf, Johngelände
W. H. über Tagespreis
Brunnenstr. 11
Fennstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Sozialistische Literatur

erhält man in der
Buchhandlung
„Freiheit“
Breite Straße 8-9.

Bei Husten

Heiserkeit, Asthma
u. Lungenerkrankungen
San-Rat
Dr. Wegschneider
Brust-Tee
Tropfen u. Pastillen
frei. Jedem empfohlen und bewährt.
Kur 16.00, Kur 24.-
Elefant u. Elefant
Berlin C. 2, 101
Hilfsstr. 24
(Schubert)

HEILUNG

der Syphilis
ohne Quecksilber und Schmerz,
durch die bewährte
unmittelb. Methode von
Dr. med. Günz
zu beziehen für Mk. 3,50 durch
Taschner Verlag,
München 23, Postfach 22

„Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga“

Wie lesen im Dresdner „Kommunist“, dem Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Sachsens, folgende interessante Ausführungen:

Das deutsche Proletariat lebte bis vor kurzem in einer tiefen Welle von Illusionen über Sowjet-Rußland.

Anzulangliche und irdige Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse, deren eine mehr oder weniger kritiklose Sympathie nur zu williger Aufnahme bereitete und die einer bis zur Skrupellosigkeit gesteigerten Demagogie freiesten Spielraum boten, hatten zu einer Schönfärberei verleitet, die nachgerade zu einer politischen Gefahr zu werden drohte.

Durch zahlreiche Berichte aus jüngster Zeit ist das wahre Bild der russischen Verhältnisse mehr und mehr enthüllt worden. Damit ist ein erheblicher Teil der Illusionen verlogen und die Betrachtung auf den Boden der realen Wirklichkeit zurückgeführt.

In den Massen löst diese Aufklärung nun verschiedene Wirkungen aus. Die einen sind wie aus allen Himmeln gefallen und klappen verzagt zusammen; auf den Verlust des romantischen Sowjet-Paradieses, das sie in Rußland zu finden glaubten, reagieren sie mit Verzweiflungsausbrüchen, Tränen oder dumpfer Resignation. Die andern — die politischen Geschäftsmacher, die von den Gaukeln ihrer Demagogie lebten, sind während darüber, daß ihnen das Konzept verdorben ist; sie schimpfen und fluchen auf die Berichte und Berichtersteller, schreien über konterrevolutionäre Gefahren und nennen jeden, der die Wahrheit über Rußland sagt, einen Agenten und Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga.

Das ist der bestedteste Vorwurf: Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga.

Wenn Dittmann seine Eindrücke von Rußland wiedergibt, schreibt die „Rote Fahne“: Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga.

Wenn Auswanderer, niedergeschmettert von ihren russischen Erlebnissen, nach Deutschland zurückkehren und warnend berichten, brüllt Spartakus: Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga.

Wenn Martow auf dem Halleischen Parteitage die terroristischen Praktiken der russischen Regierung gegenüber Arbeitern beschilfert, lobt der ganze Chorus um Sinowjew: Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga.

Wenn Ledebour im Reichstag gegen die Kommunisten sich wendet, meldet sich Paul Levi zum Wort, um „revolutionäre Parlamentarismus“ zu treiben, indem er rüffelt: Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga.

Wenn Otto Rühle den Ueberzentralismus der russischen Staatspartei burokratie kritisiert und ihre Unfähigkeit zur Bewirklichung des Sozialismus nachweist, harmlos in irgend einer Ecke irgend ein Lewinsohn: Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga.

Das ist das Rätsche der um sachliche Gegenbeweise Verlegenen. Die Berlegenheitsphrasen der Entlarvten. Die rettende Formel der Wahrheitsbekämpfer.

Jahrelang hat die U. S. P. die alte Sozialdemokratie in schärfster Weise bekämpft. Die Reaktion hat schmunzelnd zugehört. Ihr war es recht, daß eine Arbeiterpartei die andere beschimpfte und herabsetzte. Der Kampf nützte ihren Interessen. — Ist es da einem Menschen eingefallen, der U. S. P. zuzurufen: Ihr seid Agenten und Schläfen der Reaktion! Ihr dürft die S. P. D. nicht diskreditieren!

Und wie hat die K. P. D. der U. S. P. zugehört. Wie hat sie ihr Sündenregister ausgetrotzt, ihre Zügellosigkeit gezeigelt, ihren Verrat gebrandmarkt. Die Bourgeoisie rief sich die Hände vor Vergnügen angeklammert dieses Pruderkriegs. — Wo war Paul Levi, um seinen Leuten zu gebieten: Laßt ab davon, ihr besorget die Geschäfte der Gegenrevolution! Ihr seid Mitarbeiter der Reaktion!

Die K. P. D. hat der K. P. D. ebenfalls nichts geschenkt. Sie hat, während alle Kräfte für die Revolution gebraucht wurden, einen großen Teil ihrer Energie auf die Entlarvung und Stämpfung dieser falsch-kommunistischen Setze verwendet und verwenden müssen. — Hat jemals ein Mensch gehört, daß Felix Lewinsohn die K. P. D. ermahnt hätte: kein Wort mehr gegen die K. P. D.!

Damit stellt ihr euch in den Dienst der Gegenrevolution! Denn an dem Kampfe unter Arbeiterparteien hat nur die Reaktion Interesse!

Und endlich gar die russischen Genossen. Wie haben die Kadek, Sinowjew, Lenin die Genossen von der K. P. D. heruntergerissen, beschimpft und diskreditiert. „Dummkopf“, „Wirkkopf“, „Phrasenheld“, „Konfusionsrat“ — das waren die mildesten Titulaturen, die uns an den Kopf flogen. Witten in der Aktion. Zu einer Zeit, wo wir das Vertrauen der Massen am nötigsten brauchten. Wo unser Vorkamisch davon abhing, daß der aktioke Teil des deutschen Proletariats nicht zum Wanken und Zweifeln gebraucht wurde. Die russischen Genossen nahmen darauf keinerlei Rücksicht. Sie schimpften und zerprengten die Reihen. — Und in Deutschland trat keiner vor, der ihnen entgegengerufen hätte: „Ruhe gehalten! Ihr löst unsern Kampf! Ihr verwirret die Massen! Ihr löst die Aktionstrakt! Ihr besorget die Geschäfte unserer und eurer Feinde! Ihr liefert nur Wasser auf die Mühlen der Antibolschewistischen Liga!“

Au den Anklagebüchern lesen wir wochenlang große Plakate mit Zitaten aus Reden und Schriften von Lenin. Herausgegeben von der Antibolschewistischen Liga. Hätte Dittmann einigen Witz gehabt, so hätte er auf die Bitte Sinowjews in Halle, ihm ein Plakat der Antibolschewistischen Liga für das russische Revolutionsmuseum mitzugeben, damit gesantwortet, daß er ihm ein Plakat mit den Lenin-Zitaten einhändigen ließ. Aber — wird denn damit Lenin ein Förderer und Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga, daß diese ein paar Sätze aus dem Zusammenhang seiner Schriften herausreißt und demagogisch für eine antikommunistische Propaganda verwendet? Keineswegs! Lenin ist vor diesem Mißbrauch nicht gefeit. Was soll er tun gegen solche schuldige Demagogie?

Aber was für Lenin gilt, das gilt auch für Martow, für Dittmann, für die Rußland-Auswanderer, für Kühle u. a.

Ist Lenin kein Agent von Antidol, obwohl diese mit seinen Reden und Schriften häuflert und agitiert, so sind dies auch die anderen nicht, denen ein Gleiches passiert. Und solange die K. P. D. und ihre „Rote Fahne“, die Sinowjew, Levi und Konsorten bis herunter zu den kleinsten Spartakus- und Spartakus-Ersatz-Gruppen nicht den Mut und die Konsequenz haben, wenn sie schon Martow und Ledebour, Dittmann, Kühle u. a. als Mitarbeiter der Antibolschewistischen Liga beschimpfen, diesen Titel auch den Kadek und Sinowjew, Bucharin und Lenin beizulegen, charakterisieren sie sich als elende Demagogen und geistlose Wichte, als heuchlerische Halstetden, Dieb-Schreier und schamlose Brunnenvergifter, die nur ihre Wut darüber nicht verbergen können, daß sie durch die Verbreitung der Wahrheit in ihren unläuberen politischen Schiebergeschäften geküßt werden.

Aus der Internationale Serrati für die Einheit der Partei

In einem „Das Gebot der Stunde“ überschriebenen Artikel des „Avanti“ vom 24. Oktober präzipiert Genosse Serrati, der leitende Redakteur des Blattes, seine Stellung zur augenblicklichen politischen Lage und zur 3. Internationale. Den von der sogenannten Konzentrationsgruppe der italienischen Partei in Reggio di Emilia gefassten Beschluß, der eine mögliche Uebernahme der Regierung auf parlamentarischem Wege ins Auge faßt, lehnt er ab. „Diesen Sozialisten, die vor der Revolution und gegen sie in die Regierung eintreten“, sagt Serrati, „hören auf, Sozialisten zu sein und werden Mitarbeiter der Bourgeoisie“. Nur wenn die Bourgeoisie die Furcht ergreift, wie in Ungarn hätte die Uebernahme der Macht durch die Partei Berechtigung. Aber die Bourgeoisie läßt sich tagtäglich härter werden und daher bleibe dem Proletariat nur der Weg, eine Revolution zu machen. „Die Revolution machen, heißt nicht so sehr den entscheidenden Gewaltakt entfesseln — was nach meiner Ueberzeugung nur die notwendige Konsequenz einer bestimmten Situation ist und fast fatalistisch von selbst kommt — als vielmehr die Elemente vorzubereiten, welche uns als Partei in den Stand setzen, von diesem unvermeidlichen Ereignis alle durch Zeit und Ort gestatteten sozialistischen Konsequenzen zu ziehen... Die Aufgabe der sozialistischen Partei besteht also nach meiner Auffassung nicht darin, die Massen auf die Plätze hinaus-

zurufen — wie gewisse Romantiker der Barrikade glauben, sondern in der Vorbereitung aller sozialistischen Kräfte, die unerlässlich sind, um das neue Regime zu konsolidieren und den endgültigen Triumph zu sichern.“

Es ist nur natürlich, daß Serrati das beste derartige Instrument für die Revolution in der sozialistischen Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften erblickt. Er hebt dies mit allem Nachdruck hervor und schreibt dann weiter: „Aus diesem Grunde kann ich ein Bündnis mit den sozialistischen und anarchischen Elementen nicht vertreten — wenngleich ich weiß, daß wir im entscheidenden Augenblick mit ihnen vereinigt sein müssen. Aus demselben Grunde halte ich aber auch die Forderung der Einheit der Partei mit allen ihren Organen des Anarcho, der Verteidigung, der Bor- und Nachhuten für ganz unerlässlich. Ich betrachte die Einheit der Partei daher nicht als ein Element zur Erhaltung der Wahlstige, sondern als eine unerlässliche Kraft für die Revolution, welche — schwierig in allen Dingen, aber am schwierigsten bei uns — mindestens alle für den eigenen Triumph aktiven Elemente ausnützen muß. Das ist der Kern meiner Gedanken.“

Serrati bekennt sich dann erneut zur dritten Internationale, bedingt aber eine gewisse Autonomie für die Partei aus. Ausgeschlossen von der Partei sollen nur solche Mitglieder werden, die durch das Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Klasse sich selbst außerhalb der Bewegung gesetzt haben.

Auch die schwedischen Kommunisten für — Vorbehalte. Mit 13 gegen 2 Stimmen hat das Exekutivkomitee der schwedischen Partei die Moskauer Bedingungen angenommen, machte aber Vorbehalte hinsichtlich der die internationale kommunistische Presse regelnden Bedingungen. Ebenso bedang sich das Exekutivkomitee alle Sicherheiten gegen die bürokratischen Methoden aus und behält sich vor, auf dem nächsten Kongreß Verbesserungsvorschläge vorzulegen.

Aus der Partei

Die USPD. im Wuppertal

Nachdem sämtliche 12 Distrikte zum Ausgange des Halleischen Parteitages Stellung genommen hatten, und am letzten Sonntag in Barmen die Kreisversammlung stattfand, die nach kurzer Debatte sich bei fünf Stimmhaltungen auf den Boden des Leipziger Aktionsprogramms stellte und einmütig die Politik der Klein- und Mittelkommunisten ablehnte. Sechs Distrikte, deren Leitung in den Händen der Neukommunisten lag, sind bereits wieder aufgebaut. Auch in diesen Distrikten steht die große Mehrheit der Mitglieder hinter der alten U. S. P. D. Alle Distrikte, die ordnungsgemäß zustande gekommene Versammlungen abgehalten hatten, stellten sich mit Ausnahme eines einzigen auf den Boden der Grundzüge des Leipziger Aktionsprogramms, was auch in der Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung zum Ausdruck kam. Die U. S. P. D. des Wuppertals wird auch in den kommenden Kämpfen ihre Pflicht erfüllen.

Treu zur USPD.

Im Bezirk Westliches Westfalen, der die Kreise Hagen Stadt und Land, Schwelm, Altena, Herborn, Arnsberg und Olpe umfaßt, ist eine gewaltige Umwälzung in der Auffassung der Parteimitglieder zu konstatieren. Der Bezirk sandte 5 Delegierte nach Halle, die für die Annahme der Moskauer Bedingungen eintraten und nur 2 Gegner. Das war allerdings nur möglich, weil keine Verhältniswahl angewandt wurde, da die Anhänger der Bedingungen 1700, die Gegner jedoch 1700 Stimmen bei der Urwahl erhielten. Auf der Kreisversammlung des Bezirks, die von fast allen Ortsvereinigungen besucht worden war, und zu der Bestürmter und Gegner eingeladen worden sind, stimmten 16 Delegierte für Moskau, 74 dagegen. Folgende Resolution wurde mit 74 gegen 16 Stimmen angenommen:

„Mitglieder, die die 11 Anknüpfbedingungen der Kommunistischen Internationale anerkennen, haben sich damit verpflichtet, ihre Mitgliedschaft in der U. S. P. aufzugeben und sich der kommunistischen Partei, Sektion der 3. Internationale, anzuschließen. Sie hören mit Anerkennung der Bedingungen auf, Mitglieder der U. S. P. zu sein. Diese bisherigen Mitglieder sind aus den Mitgliederlisten zu streichen. Sie können öffentliche Komitee oder politische Vertretungen im Namen der Partei nicht mehr ausüben.“

In einzelnen Kreisen verbleiben die Ortsmitgliedschaften geschlossen in der U. S. P. D. Viele, die noch vor dem Parteitag in Halle für die Annahme der Moskauer Bedingungen waren, sind jetzt anderer Ansicht. Die Parteiorganisation des Bezirks wird durch den Abgang der Neukommunisten kaum geschwächt.

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

„Bester Mann, weshalb kommen Sie gerade zu mir?“ sagte er. „Sie sind mir ein vollständiges X, von der Straße hereingelaufen. Gehen Sie doch in die Redaktion, wo man Sie kennt.“

„Nur für heute abend!“ sagte ich. „Die Redaktion ist schon geschlossen und ich bin so fürchterlich hungrig.“

Er schüttelte fortwährend den Kopf, schüttelte ihn noch, als ich schon die Hand auf der Klinke hatte.

„Adieu!“ sagte ich.

Es war also kein Fingerzeig von oben, dachte ich und lächelte bitter; so hoch konnte ich auch zeigen, wenn's drauf ankam. Ich schleppte mich von einem Häuserviertel zum andern und ruhte nur dann und wann auf einer Haustreppe aus. Wenn ich nur nicht eingesperrt wurde! Die Angst vor der Zelle verfolgte mich die ganze Zeit, ließ mir durchaus keine Ruhe; jedesmal, wenn ich einen Konstabler auf meinem Wege sah, schlich ich in eine Seitengasse, um die Begegnung mit ihm zu vermeiden. Jetzt fühlte ich hunderte Schritte, sagte ich, und versuchte dann unter Glück von neuem! Einmal muß doch Rat werden.

Es war eine kleine Garnhandlung, ein Laden, den ich noch nie zuvor betreten hatte. Ein einzelner Mann hinter dem Ladentisch, im Hintergrund ein Kontor mit Vorhangenschild an der Tür, polstige Regale und Bretter in langen Reihen. Ich wartete, bis die letzte Kundin das Geschäft verlassen hatte, eine junge Dame mit Grübchen in den Wangen. Wie glücklich sie aussah! Ich, mit meiner Steknabel im Rock, versuchte nicht einmal, Einbruch auf sie zu machen, sondern wandte mich ab, und meine Brust hob sich in kitzeln Schläuchen.

„Wünschen Sie etwas?“ fragte der Ladendiener.

„Ist der Chef anwesend?“ sagte ich.

„Er macht eine Gebirgstour in Jotunheimen“, antwortete er.

„Wünschen Sie was Besonderes?“

„Nur ein paar Dexe, um mir Essen zu kaufen“, sagte ich und versuchte zu lächeln, „mich hungert, und ich habe nicht einen Heller.“

„Dann sind Sie ebenso reich wie ich“, erwiderte er und ordnete seine Garnpakete.

„O, wollen Sie mich nicht ab — tun Sie's nicht!“ sagte ich und fühlte, wie mein Körper eisalt wurde. „Ich bin wirklich beinahe tot vor Hunger; seit vielen Tagen habe ich nichts gegessen.“

Im größten Ernst, ohne ein Wort zu sprechen, fing er an, seine Taschen eine nach der andern umzusehen. Ob ich seinen Worten vielleicht nicht glaube, wie?

„Nur fünf Dexe?“ In ein paar Tagen gebe ich Ihnen zehn dafür wieder.“

„Lieber Mann, wollen Sie mich vielleicht verleiten, aus der Kasse zu stehlen?“ fragte er ungeduldig.

„Ja“, sagte ich, „ja, nehmen Sie fünf Dexe aus der Kasse.“

„Da kommen Sie an den Urtehlen“, schloß er und fügte hinzu, „und zugleich möchte ich Ihnen sagen, daß ich jetzt genug von der Geschichte habe.“

Krank vor Hunger und heiß vor Scham, schlich ich hinaus. Eines elenden Knochens wegen war ich zum Hund geworden und hatte ihn doch nicht bekommen. Nein, nun mußte es ein Ende haben! Es war wirklich allzuweit mit mir gekommen. So viele Jahre hatte ich mich aufrecht erhalten, war fest und gerade dagestanden in so mancher schweren Stunde, und jetzt war ich plötzlich zu brutaler Bettelerei herabgesunken. Dieser eine Tag hatte meinen ganzen Gedankengang verroht, meinen Sinn mit Schamlosigkeit beschmutzt. Ich hatte mich nicht entblödet, jämmerlich zu tun und vor dem gemeinsten Krämer zu weinen. Und was hatte es genützt? Entbehrte ich nicht fernerhin die Brotkrinde, die ich in den Mund stecken konnte? Ich war dahingekommen, mich vor mir selbst zu eckeln. Ja, ja, jetzt sollte es ein Ende haben! Jetzt wurde vielleicht das Haustor bei uns geschlossen und ich mußte mich beeilen, wenn ich die Nacht nicht wieder im Rathause zubringen wollte.

Das verließ mir Kraft; im Rathause wollte ich nicht schlafen. Gott sei Dank, am Erdfernturm war es erst 7 Uhr; ich hatte noch drei Stunden vor mir, bevor das Tor geschlossen wurde. Wie hatte ich mich gelangt!

Und nichts, nichts war unverzagt geblieben, ich hatte getan, was ich konnte. Daß es mir wirklich, während eines ganzen Tages, kein einziges Mal glücken sollte! Wenn ich's auch erzählt, niemand würde es mir glauben, und schriebe ich's nieder, so würde man lachen, daß es erlogen sei. An keiner einzigen Stelle! Ja, ja, dabei war nichts zu machen; vor allem nur nicht mehr herumgehen und rührselig sein. Psst, das ist ekofhaft, die Versicherung kann ich dir geben, mein Freund, dadurch wirst du mir geradezu widerlich! Wenn es aus ist mit der Hoffnung, so ist es aus! Könnte ich mir übrigens nicht eine Hand voll Haber stehlen drinnen im Stall? Ein Streifen Licht, ein Aufklappen — ich wußte, daß der Stall geschlossen war.

Ich machte es mir leicht und troch im Schneidengang nach Hause. Ich spürte Duxst, glücklicherweise zum erstenmal an Tage, und ging, um mich nach einer Stelle umzusehen, wo

ich trinken konnte. Von den Bazars war ich zu weit entfernt, und in ein Privathaus wollte ich nicht gehen; vielleicht konnte ich auch warten, bis ich nach Hause kam; es dauerte noch eine Viertelstunde. Es war durchaus nicht gesagt, daß ich einen Schluß Wasser bei mir behalten würde; mein Magen vertrug gar nichts mehr.

Aber die Knöpfe? Mit den Knöpfen hatte ich es noch nicht versucht. Ich stand still und mußte lächeln. Vielleicht gab es doch noch einen Rat! Ich war noch nicht ganz verflucht! Zehn Dexe würde ich ganz gewiß für sie bekommen, morgen würde ich dann anderswo noch weitere zehn erhalten, und Donnerstag bekam ich meinen Zeitungsartikel bezahlt! Ich erlebte noch, daß alles gut wurde! Wie hatte ich die Knöpfe nur vergessen können! Ich zog sie aus der Tasche und betrachtete sie im Weitergehen; vor Freude wurde es mir dunkel vor den Augen; ich sah die Straße nicht mehr, in der ich ging.

Wie genau kannte ich nicht den großen Keller, meine Zukunft an dunklen Abenden, mein blutlaugender Freund! Alles, was ich besch, war Stück für Stück hier unten verschlungen, meine Kleinigkeiten von zu Hause, mein letztes Buch. An Auktionstagen pflegte ich hinunterzugehen, um zuzusehen, und ich freute mich jedesmal, wenn meine Bücher in gute Hände zu kommen schienen. Schaupfeiler Magellen hatte meine Uhr, und darauf war ich beinahe stolz; einen Jahreskalender, der meinen ersten poetischen Versuch enthielt, hatte ein Bekannter gekauft, und mein Heberrod stand bei einem Photographen zum Ausstellen im Atelier. Es war also gar nichts daran auszugehen.

Ich hielt die Knöpfe in der Hand bereit und trat ein. „Onkel“ sitzt an seinem Pult und schreibt.

„Es eilt nicht“, sage ich vor Angst, daß ich ihn hören und durch meine Anrede ärgerlich machen könne. Meine Stimme klang so felsam hohl, ich kannte sie selbst kaum wieder, und mein Herz schlug wie ein Hammer.

Er kam mir lächelnd entgegen, wie er zu tun pflegte, stemmte die beiden Hände platt auf den Tisch und sah mir ins Gesicht, ohne ein Wort zu sprechen.

Ich hätte etwas und wollte nur fragen, ob er es wohl bringen könne... etwas, das mir zu Hause nur im Wege lag, ich verfiere Sie, nur zur Plage... einige Knöpfe... Also was denn, was denn mit den Knöpfen? Und dabei kam er meiner Hand mit den Augen ganz nahe.

Ob er mir nicht ein paar Dexe dafür geben könne? ... So viel, wie er selbst glaube... Ganz nach Gutdünken.

Für die Knöpfe? Und „Onkel“ starrt mich verwundert an. Für diese Knöpfe? ...

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Zum Streik im Textil-Großhandel

Wie zu erwarten, führten die Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar zu keinem Resultat. Die Arbeitgeber gaben sich den Anschein, als ob sie noch auf ganz hohem Ross lägen, obgleich viele deutliche Anzeichen klar für das Gegenteil sprachen. Tatsache ist, daß der Referent beim Demobilisationskommissar, Herr Rechtsanwalt Dr. Kludow, es fertig brachte, ein Angebot der Arbeitgeber zur Annahme den Arbeitnehmern zu empfehlen, welches darauf hinausläuft, daß die Arbeitnehmer zu erst den Streik abbrechen hätten, ehe man überhaupt in Verhandlungen treten könne. Dann, aber auch nur dann, wäre man auf Arbeitgeberseite bereit, nur den verheirateten Angehörigen Zugeständnisse über das letzte Angebot hinaus zu machen. Die Arbeitgeber im Textilgroßhandel sind gewöhnt, zu diktieren! Sie vergessen nur, daß sie jetzt die Waffe in einen Kampf hineinzuzwingen haben, der auf diese Weise nicht beendet wird.

Zum Kohlenarbeiterstreik bei der Firma J. Sogaczewer, Berlin, Wicelstr., wird mitgeteilt: Der Streik wird geführt, weil die Firma die Nachzahlung des Tariflohnes vom 3. 5. verweigert, trotzdem alle in Frage kommenden Instanzen sich für die Zahlung desselben ausgesprochen haben. Der Kleinhändler, welcher sich der Firma zur Abfuhr des Waggons zur Verfügung stellt, heißt nicht Reibel, sondern Reitel, Embener Straße 49. — Um die Organisation zu veranlassen, von dem ihm zustehenden Recht der Arbeitseinstellung Abstand zu nehmen, wurde dem Deutschen Transportarbeiter-Verband folgendes Schreiben von dem Rechtsbeistand der Firma S. zugeandt:

„Die Firma J. Sogaczewer in Berlin NW, Wicelstr. 10, teilt mit, daß Sie durch einen Abgesandten die Arbeiter der gedachten Firma veranlaßt haben, die nach deren Arbeitsvertrag von ihnen zu leistende Arbeit zu verweigern und daß Sie ferner durch von Ihnen beauftragte und bezahlte Streikposten verhindern, daß die gedachte Firma ihren Betrieb weiterführt und insbesondere arbeitswillige Kräfte neu anstellt.“

Im Auftrage der gedachten Firma mache ich Sie darauf aufmerksam, daß diese Firma von Ihnen den Ersatz alles ihr bereits bisher entstandenen und künftig noch entstehenden Schadens beanspruchen wird und mache Sie auf den besonders hohen Umfang dieses Schadens hierdurch aufmerksam.

Auch alle weiteren Rechte behält sich die Firma sowohl Ihnen gegenüber wie auch gegenüber den einzelnen Personen, welche in dieser Sache schädigend tätig sind, vor.

Ich bin beauftragt, die Schadenersatzklagen einzureichen und evtl. sonstige Anträge zu stellen, falls die schädigende Tätigkeit nicht spätestens am 3. November d. J. eingestellt ist.“

Glaubt die Firma tatsächlich, daß dieses das Mittel ist, um die Arbeiter gefügiger zu machen?

Das Gegenteil wird eintreten, die Belegschaft ist entschlossen, ihr gutes Recht bis zum Aussterben zu vertreten.

Batterie- und Elementenfabriken. Durch Schiedsspruch vom 1. Oktober 1920 war anerkannt worden, daß die Angestellten der Batterie- und Elementen-Industrie Groß-Berlins nach dem Tarifvertrag für Angestellte der Groß-Berliner Metall-Industrie vom 28. Juni 1920 zu entlohnen seien. Die Arbeitnehmer haben diesen Schiedsspruch angenommen, die Arbeitgeber dagegen haben sich nicht erklärt und dadurch zu erkennen gegeben, daß sie diesen Schiedsspruch ablehnen. Inzwischen ist der Tarifvertrag für die Groß-Berliner Metall-Industrie vom 28. Juni 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden. Die Branche der Batterie- und Elementen-Industrie wurde von dieser Verbindlichkeitsklärung nicht ausgenommen. Sie gehört daher ohne Zweifel zur metallverarbeitenden Industrie und fällt somit unter die allgemeine Verbindlichkeitsklärung. Alle Arbeitgeber der Batterie- und Elementen-Industrie sind deshalb jetzt verpflichtet, die bei ihnen beschäftigten Angestellten nach den für die Groß-Berliner Metall-Industrie geltenden allgemein verbindlich erklärten Lohnsätzen zu bezahlen. Die Angestellten und deren Vertreter müssen dies umgehend verlangen. Jede Firma, die sich weigert, wird durch Schiedsspruch und durch gewerkschaftliche Mittel gezwungen werden, die Entlohnung nach dem Tarif-Tarif ab 1. Juni 1920 einzusetzen zu lassen. Exemplare des Tarifvertrages und die dazu gehörigen Protokolle können in der unterzeichneten Geschäftsstelle, täglich in der Zeit von 10 bis 2 Uhr, Sonnabends in der Zeit von 10 bis 1 Uhr und außerdem Montag und Freitag in der Zeit von 5 bis 7 Uhr, entnommen werden.

Via, Orisartell,

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 7/10, III.

Groß-Berlin

Gegen die rote Herrschaft im Rathaus

Groß- und Kleinhändler machen seit Wochen mobil gegen die rote Herrschaft im Rathaus. Alle möglichen Händlergruppen veranstalteten Protestversammlungen gegen die Absicht, den Lebensmittelhandel zu verstaatlichen. Erst ging es gegen die Feinstille Groß-Berlin, die eine anders geartete Verteilung für die ihr in Aussicht gestellten 50 Gramm Butter pro Monat betriebe. Dann protestierten die Bäckermeister. In einer Korrespondenz heißt es über diese Protestler:

„Die Bäckermeister Groß-Berlins protestierten in einer Versammlung in den Germania-Sälen in der Chausseestraße gegen die Verstaatlichung der städtischen Zwangswirtschaft bei der Mehl- und Broterzeugung. Und wenn erst die Herren Genossen, nach Bildung der städtischen Körperschaften und Deputationen mit ihren Verstaatlichungsplänen, die — was man gefälligst beachten wolle — vorerst in ihrer ganzen Größe und Tragweite doch immer noch im Dunkeln behandelt werden, an das Licht der Öffentlichkeit treten, dann werden sich alle Kreise des Lebensmittelhandels, Fleischer, Bäcker, Kolonialwarenhändler, Milch-, Gemüse- und Obsthändler gegen diese Pläne auflehnen, die zum Ruin von Tausenden und Abertausenden von Steuerzahlern führen müssen. Ebenso wie am Völkstein der kulturelle und geistige Kampf tobte, so wird es dann leidenschaftliche Wirtschaftskämpfe geben, für die die jetzige Bewegung nur Blaupause und Führer ist.“

Die sozialistische Mehrheit freilich betrachtet diese Verstaatlichung des Lebensmittel- und Kohlenhandels als „mischende Kuh“ für die durch ihre Revolutionswirtschaft verelendeten städtischen Finanzen, sie gedenkt dabei Millionen und Milliarden herauszuziehen. Wie sie sich äußern wird! Die Bürgerschaft wird auf jeden Fall der leidende Teil sein, und dem Völkstein unter den Bürgern im neuen Berlin werden dann die Augen aufgehen, wohin die Reise der roten Herrschaft geht.“

In dieser Art wird über die wichtige Frage der Lebensmittelversorgung abgehandelt. In Wirklichkeit führt die Gemeinde nur die Verordnungen durch, die ihr zur Ausführung übertragen worden sind; sie selber könnte die Zwangswirtschaft für Mehl und Brot gar nicht aufheben, selbst wenn sie es wollte. Dann aber ist die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln keine Frage, die nur dem Handel angeht. Sie muß vom Standpunkt der Konsumenten betrachtet werden. Deren Interesse muß in erster Linie allem andern vorangehen. Und eine einsichtige, vorsorgliche Kommunalverwaltung würde schwere Schuld auf sich laden, wenn sie an diesen Fragen achlos vorbeigehen würde. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommune, der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Explosionsunglück in der Hennigsdorfer Straße

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern nachmittag in der Hennigsdorfer Straße, bei dem Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Nach zwei Uhr nachmittags stürzte infolge einer Handgranatexplosion die Vorderwand des Hauses Hennigsdorfer Straße 24 von der dritten und vierten Etage bis zum Dachstuhl ein. Ein Toter und drei Schwerverletzte sind zu beklagen. Der Dachstuhl droht, da ihm die Stütze entzogen ist, einzustürzen.

Mit fünf Löschzügen rückte die Feuerwehr an.

Im 2., 3. und 4. Stock des Vorderhauses waren Wände, Fenster, Türen usw. total zerstört, im Hinterhaus sah es ebenso weit aus. Jeden Augenblick drohten die aus dem Lot geratenen Wände einzustürzen und die Mieter in den unteren Räumen zu verschütten. Die Feuerwehr holte aus dem 3. Stock, trotz der damit verbundenen Gefahr die Leiche des 47-jährigen Bauarbeiters Albert Kaschube hervor. Schwerverletzt wurden die 46-jährige Ehefrau Meta Kaschube, der 12-jährige Heinrich und 8-jährige Fritz Kaschube. Die Anaben wurden nach dem Kaiser-Friedrich-Kinder-Krankenhaus, die Frau nach dem jüdischen Krankenhaus gebracht. Ferner wurde eine Frau Anna Wold, die nebenan wohnte, schwer verletzt. Andere Hausbewohner kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Straße, Treppen, der Hof und die angrenzenden Grundstücke waren mit Schutt und Glasscherben bedeckt.

Ueber die Ursachen des Unglücks wird berichtet: Der Arbeiter Albert Kaschube hatte auf den Schießplätzen in Tegel und Döberitz Granaten und Jünder gekauft, um sich etwas zu verdienen. Es heißt nun, daß Kaschube die Granaten zu Hause entladen wollte, wobei eine besonders schweren Kalibers freipiel sein soll.

Die Explosion hatte eine furchtbare Wirkung. Durch den gewaltigen Luftdruck stürzte nicht bloß die Vorderwand des Hauses zusammen, sondern auch das Innere mehrerer Wohnungen wurde zerstört. Mehrere Möbelstücke wurden auf die Straße geschleudert.

Wegen der Einsturzgefahr der beiden Häuser müssen alle Bewohner ihre Wohnungen in Nr. 24 räumen. Die 2., 3. und 4. Geschosse sind dem Einsturz nahe. In dem Aufkommen der Schwerverletzten Frau und ihrer Kinder wurde gestern gezwieft. Eine große Menschenmenge hatte sich angeammelt, die durch unsinnige Gerüchte aufgeregt wurde.

Wie uns mitgeteilt wird, sind die im Kinderkrankenhaus in der Reinholdsdorfer Straße eingelieferten Kinder so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezwieft wird.

Schulräume für Bezirksämter

Der Magistrat hat in seiner Verzeihung, geeignete Räume für die Bezirksämter in Berlin zu bekommen, sein Augenmerk auf Schulen gerichtet. Die Elternbeiräte der betroffenen Schulen haben überall gegen die Inanspruchnahme von Schulen für die genannten Zwecke entschiedenen Protest erhoben. Es sind die Proteste nicht nur an den Magistrat gelangt, sondern auch an die Schulaufsichtsbehörde, das Provinzialschulkollegium. Gestern hat in dieser Sache eine Besprechung stattgefunden, an der Vertreter des Provinzialschulkollegiums und des Magistrats sowie die Leiter der in Frage kommenden sechs Schulen teilgenommen haben. Man einigte sich dahin, daß neben den Aulen je vier Schulräume den einzelnen Bezirken vorübergehend zur Verfügung gestellt werden sollen. Die betroffenen Klassen werden nötigenfalls in benachbarten Schulen untergebracht, die Aulen aber in der Regel vormittags den Schulen zur Benutzung überlassen bleiben. Die Abgabe sämtlicher Räume an die Bezirke erfolgt nur bis zum 31. März. Nur unter der Bedingung, daß bei dieser Raumauswahl der Schulbetrieb nicht leidet, ist zugestimmt worden.

Es muß dafür gesorgt werden, daß auf irgend eine Weise Räume für die Bezirksämter geschaffen werden, damit die Schulen den Zwecken, für die sie bestimmt sind, erhalten bleiben. Die Elternbeiräte haben die Not nicht verkannt, in der sich der Magistrat befindet, aber sie meinen, daß die Schulen ihrer Bestimmung nicht entzogen werden dürfen. Mit den vier Räumen dürfte vorerst nicht allzuviel anzufangen sein. Bemerkenswert ist, daß in den Bezirken Amtsräume überflüssig werden, dort also für die Bezirksämter leicht Unterkunft gefunden wird. Nur in Berlin macht die Raumfrage große Schwierigkeiten. Die Lösung, die für Berlin getroffen ist, wird nirmanden befriedigen.

Hausfuchung bei der Hotelbetriebsgesellschaft

Ein großes Polizeiaufgebot nahm gestern bei der Hotelbetriebsgesellschaft eine Hausfuchung vor. Es wurde gesucht im Oberhofel, im Restaurationsbetrieb des Zoologischen Gartens und auch in der zu den genannten Betrieben gehörigen Konditorei Kranzler. Es wurden große Mengen Zucker gefunden, von denen die Direktion behauptet, daß es sich um rechtmäßig erworbenen Auslandszucker handelt. Tatsächlich wird seit langem das Kuchenbrotverbot liberal übertritten, insbesondere in den vornehmen Lokalen des Westens.

Die Verschlebung von Weizenmehl zu Kuchenzwecken hat einen Umfang angenommen, der ungeheuer ist. Heute wird das Pfund Weizenmehl in Berlin mit 8 Mk. bewertet. Die bürgerliche Presse ist sehr empört, daß in die Geheimnisse der Kuchen- und Tortenbäckerei Einsicht genommen wird und heißt es so dar, als handele es sich um Verletzung der Bestimmungen über Zwangsbewirtschaftung von Fleisch, die doch aufgehoben sei.

Ueberrfahren und getötet wurde in der Waldstraße der 80-jährige Stromweitzer a. D. Aug. Scholz aus Johannisthal, als er einem Wagen der Straßenbahn ausweichen wollte.

Die Städtische Schuldeputation hat im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, eine Ausstellung von Zeichenarbeiten aus Berliner Gemeindeschulen veranstaltet, deren Besuch Lehrer und Lehrerinnen, Schüler und Schülerinnen und auch sonst jedermann freiließt. Es handelt sich in der Hauptsache um eine Ausstellung solcher Zeichnungen, die durch Ausschneiden, durch Kleben mit Buntpapier, beim Zeichnen von Pflanzen, beim Schreiben von Kunststrich usw. entstanden sind. Die Ausstellung ist wochentags von 12—4 Uhr, Sonnabends von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Glücksstatistik. Das nächtliche Obdach ist im Monat Oktober von 9183 Männern und 361 Frauen aufgesucht worden. Die Obdachlosigkeit steigt, die Räume reichen nicht mehr aus.

Die 38. Brotkommission, Gölitzer Straße 51, wird am 6. November d. J. nach Statliger Straße 55/56 verlegt und dortselbst mit der 40. Brotkommission vereinigt. Die Eröffnung der vergrößerten 40. Kommission ist auf den 8. November d. J. festgesetzt.

Am 20. November 1920 wird die 143. Brotkommission, Berlin NW 21, Wicelstraße 53/54, aufgelöst und mit der 142. Brotkommission, Köstener Straße 32, vereinigt. Die Eröffnung der vergrößerten 142. Brotkommission findet am 22. November d. J. statt.

Verwaltungsbezirk 15. Am Sonnabend, den 6. November, nach 7 Uhr, Fraktionsitzung der U. S. V. (Crispien-Delebour) im Lokal von Gerbard, Baumischstr. 6. Je ein Vertreter der örtlichen Verbände und der kommunalen Kommissionen sind eingeladen.

19. Verwaltungsbezirk. Sonnabend abend 6 Uhr Fraktionsitzung (Richtung Crispian-Delebour) im Rathaus, Panlow, Breite Straße, Zimmer 17. In dieser Sitzung haben die Vorsitzenden der Orte zu erscheinen.

Mitglieder der Ma-Verbands! Durch Vermittlung des Ausschusses für volkstümliche Kunstpflege fand der Via, Orisartell Groß-Berlin, für die Sonntagabend-Vorstellung am 14. November d. J. eine Anzahl Plätze im Theater am Blömlaplag, „Volk-

spiele“, zur Verfügung gestellt worden. Zur Ausführung gelangt: „Nach Damaskus, 2. und 3. Teil“. Die Karten sind in unferer Geschäftsstelle, Belle-Alliance-Straße 7/10, 3. Etage, in den Geschäftsstunden (von 10—3 Uhr) zum Preise von 4.50 Mk. erhältlich.

Der Zirkus Sarrajani, der im Zirkus Busch gastiert, wartet mit einem neuen reichhaltigen Programm auf, das als gut anzusehen ist. Hervorragende Leistungen aus dem Gebiete der Dressur und der Kritik werden gezeigt. Schluß der Darstellung bildet die Pantomime „Razappa“. — Ob es notwendig ist, daß Direktor Stosch bei der Ausführung seiner Elefanten mit allerhand Orden und Ehrenzeichen beaumelt, wagen wir zu bezweifeln. Die Diaböler verischen nichts davon und der größte Teil des Publikums legt nicht den allergeringsten Wert auf diesen Blunder.

Die gemessenen politischen Gefangenen und Inhaftierten treffen sich am Sonntag, den 7. November, vormittags 11 Uhr, Kantentuffelstraße 72. Montag, den 8. November, abends 7 Uhr, Versammlung im Jugendheim, Alte Jakobstraße 136.

Ausschuss für Jugendpflege Neutölln. Am 27. Oktober er. fand im Neutöllner Stadtverordnetenversammlungsaal die erste Delegiertenversammlung des umgebenden Ausschusses für Jugendpflege statt, die von 56 Vertretern von 59 Sport- und Jugendpflegevereinen mit ca. 6000 Mitgliedern besucht war. Herr Stadtrat Wulffschlör leitete die Verhandlungen mit der Regierung über die neue Satzung, die leider noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Trotzdem muß sofort im Interesse der Jugend mit der Arbeit begonnen werden. Redner empfiehlt, die von den städtischen Körperschaften vorgelegten Statuten als Grundlage zur Umbildung des Ausschusses vorläufig anzunehmen. Da kein Widerspruch erfolgt, werden dieser Satzung gemäß die notwendigen Wahlen vorgenommen. In den Jugendpflegeausschuss, der aus acht Mitgliedern der Deputation für das Jugendamt, dem Kreisjugendpfleger Blum, dem städtischen Jugendpfleger Schneider und sechs Vertretern der angeschlossenen Vereine besteht, werden gewählt die Herren: Neumann (Turnverein Jahn), Junger (Neutöllner Sportverein), Harzer Siebert (Verein Maria-Martha), Wille, Löwenstein, Birkiat (Arbeiter-Sport-Kartell). In den Arbeitsausschuss wurden gewählt die Herren: Wille (Turnverein Jahn), Schilde (Turnverein Jahn), Schinberg (Fr. Turner-Sport-Groß-Berlin), Michaelis (Schwimm-Union), Paul (Fr. Sp. Kl. „Fortuna“), Junger (Fr. Sp. B.), Menge (Sportfreunde), Gumm (Neuer deutlicher Jugendbund), Jaeger (Deutscher Jugendbund), Harzer Siebert (Maria-Martha), Schulz (Fr. Sp. Jugend), Seele (Arbeiter-Jugend), Scheffel, Rosenbaum, Birkiat, Schmitz, Otto Schulz (Fr. Turner-Sport), Hausdorff (Arbeiter-Wanderbund Taurfreunde).

Aus den Organisationen

7. Bezirk. Sonnabend, den 6. November, abends 7 Uhr, bei Wülfing, Goebner Str. 24, engere Vorstandssitzung, dazu die nennenswerten Mitglieder des Bezirks- und Stadtratsbezirks-Vorstandes und Bezirksausschüsse der Kommunalen.

8. Bezirk. 5. Abt. Sonnabend, den 6. November, abends 7 Uhr, kommunale Kommissionsitzung bei Wülfing, Schreinerstr. 18.

9. Bezirk. Heute abend 7 Uhr engere Vorstandssitzung mit Mitgliedsauswahl bei Wülfing, Goebner Str. 24. — Am Sonntag abend 7 Uhr bei Wülfing, Goebner Str. 24. — Am Sonntag abend 7 Uhr bei Wülfing, Goebner Str. 24.

10. Bezirk. 2. Abt. Sitzung der Justizkommission heute abend 7 Uhr bei Krugler, Jüngerstraße 5.

11. und 12. Bezirk. Arbeiter-Alterversand, Delegierten Aussch. Freitag abend 7 Uhr Generalversammlung Schulstraßen-Wahlbezirk. 24. Tagungsordnung: Bericht und Rechnung des Vorstandes.

13. Bezirk. Sonnabend, den 6. November, 7 Uhr abends, Verhandlung bei Braun, Wülfingstr. 24.

Wahlaustritt. Mitglieder der Bezirkskommission Montag, den 8. November, abends 7 Uhr. Hebel unter regelmäßiger Sitzung, dazu die städtischen Mitglieder des Bezirks-Ausschusses zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen haben. Sitzungssaal 5. Gemeindegebäude, Dählener Straße.

Neutölln. 15. Bezirk. Jubiläum am Freitag abend 7 Uhr bei Wülfing, Goebner Str. 24—44.

Neutölln. Die Bezirksämter holen Sonnabend, abends zwischen 4 und 7 Uhr bei Kaufmann Material ab.

Charlottenburg, 8. Gruppe. (U. S. V. D. Crispian-Delebour.) Sonnabend, den 6. November, abends 7 Uhr, Extraabend im Neutöllner Franz Wülfing, Goebner Str. 24. Los Erheben aller Parteigenossen, die auf dem Boden der Richtung Crispian-Delebour stehen, ist unbedingt erforderlich.

Charlottenburg, Bildungscommission. (Crispien-Delebour.) Freitag abend 7 Uhr findet eine gemeinsame dringende Sitzung mit den anderen beiden Divisionen bei Krugler, Jüngerstraße 5, statt.

Triptum-Baumischstrasse. Heute 7 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Wülfing, Wülfingstr. 24, am Triptum-Parl. 24. Legitimation Mitglieder nach mit großer Eile. Seel gebietet.

Alt-Görlitz-Jubiläum. Am Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr, beginnt der Karussell der „Görlitzer“ in der neuen Schule.

Alt-Görlitz. Am Mittwoch, den 10. November, 7 Uhr abends, Jubiläum bei den Genossen der Richtung Crispian-Delebour bei Wülfing, Goebner Str. 24. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Ref. von Richt. Wülfing.

Niederbarnsdorf. In der morgigen Mittagsbesprechung treffen sich die Genossen und Genossinnen um 12 Uhr auf dem Wülfing-Wülfingstr. 24.

Charlottenburg. Freitag abend 6 Uhr findet bei Wülfing, Goebner Str. 24, die Sitzung der Ortskommission bei U. S. V. D. D. statt.

Tegel. Sonnabend, den 6. November, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wülfing, Goebner Str. 24. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Referent G. Wülfing.

Bereinskalender

Vertriebsstelle des Deutschen Gleicharbeiter-Verbandes. Am Freitag, den 5. November, abend 6 Uhr, findet im neuen Reichshaus direkt am Ringelberg-Tempelhof die Sitzung der Vertriebsstellen der Bezirksvereine statt. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz.

Die Bezirksvereine und Kreisvereine der städtischen Arbeitervereine. Am Freitag, den 5. November, abend 6 Uhr, findet im neuen Reichshaus direkt am Ringelberg-Tempelhof die Sitzung der Vertriebsstellen der Bezirksvereine statt. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Deutscher Metzgerarbeiter-Verband, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Deutscher Schuhmacher-Verband, Zentralverband der Arbeitervereine. Am Freitag, den 5. November, abend 6 Uhr, findet im neuen Reichshaus direkt am Ringelberg-Tempelhof die Sitzung der Vertriebsstellen der Bezirksvereine statt. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz.

Verband sozialistischer Arbeiter. Sonnabend abend 7 Uhr im Rathaus, Zimmer 17, Tagesordnung: Thema: Was heißt und bedeutet der Arbeiterkampf. Vortrag: Bericht vom Vorsitz.

Arbeiter-Wandervereine „Berlin“. Sonntag, den 7. November, nach Hermannsberg-Heidepark. Abf. 7.30 Uhr Straliner Bahnhof. Gäste willkommen.

Jubiläum der U. S. V. Sonntag, den 7. November, Beginn 2.00 Uhr. Schluß 7.00 Uhr. Programm: Rede von Wülfing, Goebner Str. 24. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz.

Wahlaustritt. Mitglieder der Bezirkskommission Montag, den 8. November, abends 7 Uhr. Hebel unter regelmäßiger Sitzung, dazu die städtischen Mitglieder des Bezirks-Ausschusses zu erscheinen haben. Sitzungssaal 5. Gemeindegebäude, Dählener Straße.

Neutölln. 15. Bezirk. Jubiläum am Freitag abend 7 Uhr bei Wülfing, Goebner Str. 24—44.

Charlottenburg, 8. Gruppe. (U. S. V. D. Crispian-Delebour.) Sonnabend, den 6. November, abends 7 Uhr, Extraabend im Neutöllner Franz Wülfing, Goebner Str. 24. Los Erheben aller Parteigenossen, die auf dem Boden der Richtung Crispian-Delebour stehen, ist unbedingt erforderlich.

Charlottenburg, Bildungscommission. (Crispien-Delebour.) Freitag abend 7 Uhr findet eine gemeinsame dringende Sitzung mit den anderen beiden Divisionen bei Krugler, Jüngerstraße 5, statt.

Triptum-Baumischstrasse. Heute 7 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Wülfing, Wülfingstr. 24, am Triptum-Parl. 24. Legitimation Mitglieder nach mit großer Eile. Seel gebietet.

Alt-Görlitz-Jubiläum. Am Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr, beginnt der Karussell der „Görlitzer“ in der neuen Schule.

Alt-Görlitz. Am Mittwoch, den 10. November, 7 Uhr abends, Jubiläum bei den Genossen der Richtung Crispian-Delebour bei Wülfing, Goebner Str. 24. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Ref. von Richt. Wülfing.

Niederbarnsdorf. In der morgigen Mittagsbesprechung treffen sich die Genossen und Genossinnen um 12 Uhr auf dem Wülfing-Wülfingstr. 24.

Charlottenburg. Freitag abend 6 Uhr findet bei Wülfing, Goebner Str. 24, die Sitzung der Ortskommission bei U. S. V. D. D. statt.

Tegel. Sonnabend, den 6. November, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wülfing, Goebner Str. 24. Tagesordnung: Bericht vom Vorsitz. Referent G. Wülfing.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin, Wülfingstr. 24. Druck: Druckerei „Die Welt“, Berlin, Wülfingstr. 24. Preis: 10 Pf. pro Heft. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Bestellungen: Druckerei „Die Welt“, Berlin, Wülfingstr. 24.

